



GESCHÄFTSVERTEILUNGSPLAN

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES,
GESUNDHEIT, FRAUEN UND FAMILIE
-TMASGFF-
Stand: 01.03.2024

Anschrift:	Werner-Seelenbinder-Straße 6 99096 Erfurt
Postanschrift:	PF 90 03 54 99106 Erfurt
Dienststellennummer:	0070
VIS-Behördennummer:	1060
E-Mail:	poststelle@tmasgff.thueringen.de
Internet:	https://www.tmasgff.de/
Telefon:	0361 573811-000
Telefax:	0361 573811-800

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	3
Staatssekretärin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	3
Interne Meldestelle EU / Hinweisgeberschutzgesetz	4
Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann beim TMASGFF	5
LMB Leitung Büro der Ministerin	6
M 1 Persönliche Referentin der Ministerin	7
M 2 Presse, Öffentlichkeitsarbeit	8
M 3 Landes- und Bundeskoordinierung	9
BSts Büro der Staatssekretärin	10
Abteilung 1 Zentralabteilung	11
Referat 11 Personal	12
Referat 12 Recht	13
Referat 13 Haushalt, Rechnungsprüfung	14
Referat 13 Prüfbehörde ESF	16
Referat 14 Interne Dienstleistungen, Informationstechnik	17
Abteilung 2 Soziales, Frauen und Familie	18
Referat 21 Frauenpolitik und sozialpolitische Grundsatzfragen	19
Referat 22 Sozialhilfe, Soziales Entschädigungsrecht	20
Referat 23 Behindertenpolitik	23
Referat 24 EU-Angelegenheiten, Rentenversicherung	25
Referat 25 Familien- und Seniorenpolitik	26
Abteilung 3 Arbeit und Qualifizierung	28
Stabsstelle "Strategische Planung, Berichtswesen"	29
Referat 31 Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, Fachkräftesicherung, Arbeits- und Tarifrecht	30
Referat 32 Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsförderung, ESF	32
Referat 33 Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende	33
Referat 33 Bescheinigungsbehörde ESF	34
Referat 34 Verwaltungsbehörde ESF	35
Abteilung 4 Pflege und Gesundheit	36
Krisenstab „Pflege und Gesundheit“	36
Abteilung 4 Beauftragte für die Belange der Pflege und Patient:innen	37
Referatsgruppe 4A Pflege, Heilberufe, ambulante Versorgung	38
Referat 4A 1 Heil- und Pflegeberufe	39
Referat 4A 2 Ambulante Versorgung, Sicherung der ärztlichen Versorgung	40
Referat 4A 3 Grundsatzangelegenheiten Pflege und Pflegeversicherung, Hospiz	42
Referat 4A 4 Pflegerische Strukturen	43
Referatsgruppe 4B Gesundheit	44
Projekt Re-Verstaatlichung Maßregelvollzug	45
Referat 4B 1 Krankenhauswesen, Bevölkerungsschutz, E-Health	46
Referat 4B 2 Fachspezifische Angelegenheiten ÖGD	48
Referat 4B 3 Fachspezifische Angelegenheiten Pharmazie, Transplantationsmedizin	49
Referat 4B 4 Rechtsangelegenheiten ÖGD und Pharmazie	50
Referat 4B 5 Psychiatrische Versorgung, Maßregelvollzug	51
Referat 4B 6 Gesundheitsförderung, Suchthilfe, ÖGD-Pakt	52
Abteilung 5 Arbeitsschutz, Lebensmittel- und Veterinärüberwachung	53
Referat 51 Tierseuchenschutz, Tiergesundheit, Tierkörperbeseitigung	54
Referat 52 Tierschutz, Tierarzneimittel, Berufsangelegenheiten	55
Referat 53 Lebensmittelüberwachung	56
Referat 54 Arbeitsschutz	57

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesund-
heit, Frauen und
Familie**

Heike Werner

**Staatssekretärin für Arbeit, Soziales, Ge-
sundheit, Frauen und
Familie**

Ines Feierabend

Interne Meldestelle EU / Hinweisgeber- schutzgesetz

-
1. Information und Beratung zum Anwendungsbereich der Whistleblower-Richtlinie (WBRL), zu internen und externen Meldewegen sowie zu zulässigen Möglichkeiten der Offenlegung
 2. Information und Beratung zu gesetzlich vorgesehenen Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der hinweisgebenden Person und ggf. weiterer geschützter Personen
 3. Prüfung der Plausibilität der Hinweise und Veranlassung und Durchführung von Folgemaßnahmen
 4. Veranlassung sonstiger Maßnahmen bei Verstoß gegen anderweitige Rechtsvorschriften in der Zuständigkeit des Geschäftsbereichs
 5. Rückmeldung an die hinweisgebende Person zu den Folgemaßnahmen
 6. Verfahrensdokumentation
 7. Verantwortlichkeit für die Wahrung der Vertraulichkeit des Verfahrens
 8. Jährliche Erfassung der Anzahl der Beratungen, Meldungen, eingeleiteten Untersuchungen, Ermittlungen einer Staatsanwaltschaft, gerichtlichen Verfahren, Abgaben an sonstige zuständige Stellen und sonstigen Verfahrensabschlüsse
 9. Zusammenarbeit mit anderen internen und externen Meldestellen des Landes, des Bundes, der EU und mit sonstigen zuständigen Stellen
 10. Entwicklung und Fortschreibung der Verfahrensregelung der internen Meldestelle EU

Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann beim TMASGFF

Beauftragte: Frau Ohler

1. Förderung der Erfüllung des verfassungsrechtlichen Gebots der Gleichstellung von Frauen und Männern, Koordination der Implementierung des Gender Mainstreamings in der Thüringer Landesverwaltung, laufende Umsetzung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes (ThürGleichG) einschließlich Berichterstattung an den Thüringer Landtag, Gleichstellungsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung
2. Vorbereitung der Sitzungen des Gleichstellungsausschusses des Thüringer Landtages unter Beteiligung der Abteilung 2
3. Koordination der gleichstellungspolitischen Arbeit der Thüringer Staatskanzlei und der Ressorts, Herstellung des Benehmens mit Gleichstellungsplänen der Ministerien und der Staatskanzlei gem. § 4 Abs. 1 S. 6 Nr. 2 ThürGleichG, Koordination des Interministeriellen Ausschusses für Frauenfragen (IMA-F)
4. Mitwirkung und Beteiligung bei der Gesetzgebung des Landes, dem Erlass von Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, Gesetzesanträgen oder sonstigen Initiativen der Landesregierung soweit gleichstellungsrechtliche Belange berührt sind
5. Zusammenarbeit mit entsprechenden Behörden und Organisationen des Bundes, der Länder, der Landkreise, der kreisfreien Städte, der Gemeinden, den Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Frauenorganisationen, -gruppen und -initiativen
6. Vorbereitung der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/-innen, -senator/-innen (GFMK), Mitarbeit in vorbereitenden Gremien
7. Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen, -gruppen, -initiativen und Einrichtungen für Frauen, Frauenhäuser und -schutzwohnungen, Frauenzentren, Interventionsstellen und dem Landesfrauenrat einschließlich Mitwirkung bei der Erarbeitung von Rechtsgrundlagen
8. Angelegenheiten der Beanstandungen von Verstößen gegen das ThürGleichG
9. Inhaltliche Begleitung der Lenkungsgruppe „Girls'Day“
10. Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt (u. a. Umsetzung Istanbul-Konvention in Thüringen)
11. Mitarbeit:
 - Thüringer Stiftung HandinHand - Hilfe für Kinder, Schwangere und Familien in Not
 - Landesjugendhilfeausschuss
 - Beirat für Familie und Frauen
 - Landesbeirat für Arbeitsmarktpolitik
 - Arbeitskreis „Frauen und Arbeitsmarktpolitik in Thüringen“ (AFAT)

LMB

Leitung Büro der Ministerin

1. Organisation des Büros der Ministerin
2. Mitwirkung an der Vorbereitung von Entscheidungen und Maßnahmen der Ministerin
3. Bearbeitung der Post der Ministerin
4. Koordinierung und Beantwortung von Anfragen von Bürger:innen
5. Mitwirkung und Koordinierung bei Grundsatzfragen und konzeptionellen Aufgaben sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Hauses, insbesondere Implementierung der politischen Vorgaben der Ministerin in entsprechende Dokumente
6. Pflege von Außenbeziehungen mit den Einrichtungen der Bundesregierung, den Länderregierungen, dem parlamentarischen und außenparlamentarischen Raum, den Spitzenverbänden und -organisationen
7. Entwicklung von strategischen Zielen und Vorhaben im Geschäftsbereich
8. Beobachtung und Aufarbeitung gesellschaftlicher Entwicklungen in ihrer Auswirkung auf die Fachbereiche des TMASGFF
9. Bewirtschaftung der Lotto-Mittel der Ministerin, des Verfügungsfonds der Ministerin sowie des Haushaltstitels für Konferenzen
10. Ordensangelegenheiten
11. Protokoll der Besprechung der Abteilungsleitungen
12. Aufgaben auf Weisung der Ministerin

M 1

Persönliche Referentin der Ministerin

1. Terminkoordinierung und -vorbereitung der Ministerin sowie Terminbegleitungen und Nachbereitungen
2. Auswertung der Zusammenkünfte und Besprechungen der Ministerin
3. Koordinierung und Vorbereitung von Reisen der Ministerin im In- und Ausland sowie von Besuchen der Ministerin
4. Mitwirkung an der Vorbereitung von Entscheidungen und Maßnahmen der Ministerin sowie Mitwirkung an Grundsatzfragen unter Beachtung politischer und rechtlicher Aspekte
5. Koordination der Kooperation zwischen der Hausleitung und parlamentarischen Akteurinnen und Akteuren
6. Auswertung von grundsätzlichen juristischen Stellungnahmen innerhalb der Ressortzuständigkeit des Ministeriums sowie hieraus abzuleitende Empfehlungen
7. Mitwirkung und Koordinierung bei Grundsatzfragen und Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Hauses, insbesondere Implementierung der politischen Vorgaben der Ministerin in entsprechende Dokumente
8. Mitwirken bei der Absicherung des Sitzungsdienstes im Parlamentsplenum
9. Vertretung des TMASGFF in der IMAG des „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welttoffenheit (LPDTW)“
10. Aufgaben nach Weisung der Ministerin und der Leitung des Ministerbüros

M 2

Presse, Öffentlichkeitsarbeit

1. Kontakte/Auskünfte an Journalisten, Medien
2. Herausgabe von Pressemitteilungen/Medieninformationen
3. Vorbereitung und Herausgabe von Broschüren und Informationsmaterial einschl. Darstellung und Aufgabenpflege des TMASGFF im Internet (Homepage)
4. Tagesaktuelle Betreuung der Social-Media-Kanäle
5. Konzeption und Realisierung von Kommunikationsmaßnahmen aller Art
6. Konzeption und Umsetzung des Internetangebots des TMASGFF
7. Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenzen, Ausstellungen, Begleitung zu Öffentlichkeitsterminen zur Bildberichterstattung usw.)
8. Kontakte und Vernetzung mit den Pressereferentinnen und Pressereferenten anderer Ministerien
9. Verfassen der Reden und Grußworten für die Ministerin und die Staatssekretärin
10. Vorbereitung von Interviews und Namensartikeln der Ministerin und der Staatssekretärin
11. Presseauswertung und Information/Archiv
12. Fotodokumentation zum Arbeitsbereich des Hauses
13. Orden und Ehrenzeichen
14. Glückwünsche
15. Meldung zur Künstlersozialabgabe

M 3

Landes- und Bundeskoordinierung

Grundsatzfragen

1. Analyse ressortrelevanter gesellschaftspolitischer Trends
2. Entwicklung von Positionen zu Grundsatzfragen des Ministeriums
3. Planung der Umsetzung und ressortübergreifende Abstimmung zentraler Vorgaben des KOA-Vertrages im Aufgabenbereich des Ministeriums
4. Schnittstellenmanagement zwischen Grundsatzfragen und strategischer Planung
5. Internationale Angelegenheiten (z. B. Kooperation, Botschaftsbesuche), die nicht das Aufgabengebiet der Fachabteilungen betreffen
6. Mitwirkung bei der Konzeptionierung und Organisation der Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen, Kooperation mit Litauen und Polen

Kabinettt/Landtag/Bundesrat/Ministerkonferenzen

7. Abwicklung des Geschäftsverkehrs mit dem Landtag und der Staatskanzlei sowie mit den Ressorts zur Vorbereitung und Auswertung von Kabinetts-, Plenar- und Ausschusssitzungen
8. Vorbereitung und Auswertung der Kabinetts-, Plenar- und Ausschusssitzungen
9. Teilnahme an den Plenarsitzungen, Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (AfSAGG), des Petitionsausschusses und entsprechenden Sitzungen von Fraktionsarbeitskreisen
10. Koordinierende Bearbeitung und Auswertung aller Landtagsanfragen, -anträge, -drucksachen, Vorlagen und Zuschriften entsprechend der Geschäftsordnung
11. Mitwirkung bei allen Gesetzes- und Verordnungsangelegenheiten des TMASGFF und im Bereich der Landes- und Bundesgesetzgebung, soweit der Geschäftsbereich des TMASGFF berührt ist
12. Koordinierung bei der Rechtsbereinigung und –vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen, die nicht die Zuständigkeit des TMASGFF betreffen
13. Beteiligung bei Entwürfen zu Landtagsreden der Ministerin und Staatssekretärin
14. Koordinierung und Auswertung von Petitionen, Eingaben sowie Schriftverkehr mit den Bürgerbeauftragten; Vertretung des TMASGFF in der Strafvollzugskommission des Petitionsausschusses
15. Abwicklung des Geschäftsverkehrs mit dem Spiegelreferat und dem Bürgerreferat in der Staatskanzlei
16. Vorbereitung und Teilnahme an den Ausschusssitzungen des Bundesrates, die den Geschäftsbereich des TMASGFF berühren, sowie deren Auswertung
17. Mitarbeit im interministeriellen Koordinierungsausschuss zur Vorbereitung von Bundesratssachen bei der Staatskanzlei
18. Auswertung der Bundesrats- und Bundestagsprotokolle und -drucksachen
19. Verbindung zur Thüringer Landesvertretung in Berlin und zu anderen Ländern
20. Koordinierung sämtlicher Minister:innenkonferenzen im Geschäftsbereich des TMASGFF
21. Koordinierung der Angelegenheiten der Ministerkonferenzen anderer Ressorts, soweit der Geschäftsbereich des TMASGFF berührt ist
22. Verbindung zur Staatskanzlei in Angelegenheiten der Ministerpräsidentenkonferenzen und Konferenzen der Chefs der Staats- und Senatskanzleien

BSts

Büro der Staatssekretärin

1. Koordinierung der Aufgaben der Staatssekretärin
2. Mitwirkung an der Vorbereitung von Entscheidungen und Maßnahmen der Staatssekretärin, Mitwirkung bei ihrer hausinternen Umsetzung
3. Vorbereitung der Teilnahme der Staatssekretärin an Sitzungen und Besprechungen
4. Koordinierung der Gremientätigkeit der Staatssekretärin
5. Koordinierung und Vorbereitung von Reisen der Staatssekretärin sowie von Besuchen
6. Terminkoordinierung und -vorbereitung der Staatssekretärin sowie Terminbegleitungen und Nachbereitung
7. Bearbeitung der Post der Staatssekretärin
8. Bewirtschaftung des Verfügungsfonds der Staatssekretärin
9. Mitwirkung an der Entwicklung der Arbeitsprogramme des Hauses, der Landesregierung und anderer Ressorts
10. Koordinierung der Konzeptionen und Programme mit den Fachabteilungen und -referaten
11. Protokoll der Besprechungen der Abteilungsleitungen
12. Koordination der Kooperation zwischen der Hausleitung und parlamentarischen Akteuren
13. Teilnahme an Sitzungen im Thüringer Landtag: Plenum, Ausschüsse, Koalitionsarbeitskreis, Fraktionsarbeitskreis u. a.
14. Aufgaben nach Weisung der Staatssekretärin

Abteilung 1

Zentralabteilung

Abteilungsleitung: Frau Faßbender

Referat 11 Personal

Referat 12 Recht

Referat 13 Haushalt, Rechnungsprüfung

Prüfbehörde ESF

Referat 14 Interne Dienstleistungen, Informationstechnik

Referat 11

Personal

1. Personalangelegenheiten der Beschäftigten im TMASGFF und im Geschäftsbereich (entsprechend Zuständigkeitsregelungen für den nachgeordneten Bereich)
2. Personalpolitik, PERMANENT
3. Personalplanung und -recruiting (Einsatz- und Nachfolgeplanung, Onboarding)
4. Stellenbesetzungsverfahren
5. Personalentwicklung (Talentmanagement, Wissensmanagement, Qualifizierung)
6. Arbeitsplatzbewertung, Dienstpostenbewertung
7. Personalhaushalt und Personalkostenplanung - Planung, Bewirtschaftung, Überwachung und Dokumentation der Stellen, Stellenbesetzung und Personalausgaben der HG 4 des EP 08 im TMASGFF und im nachgeordneten Bereich entsprechend Zuständigkeitsregelungen
8. Angelegenheiten des Öffentlichen Dienst-, Arbeits- und Tarif- und Personalvertretungsrechts
9. Diversity-Management-Maßnahmen
10. Dienstunfähigkeitsverfahren
11. Betriebliches Eingliederungsmanagement
12. Betriebliches Gesundheitsmanagement
13. Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen und Beauftragten (HPR, ÖPR, SbV, GB intern)
14. Beschwerdestelle gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
15. Koordinierung, Begleitung und operative Betreuung von Organisationsmaßnahmen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen einschließlich Personalbedarfsbemessung und Ressourcenallokation im Geschäftsbereich des TMASGFF
16. Ausgestaltung der behördlichen Prozesse und Koordinierung der elektronischen Verwaltungsabläufe im Dokumentenmanagementsystem VIS in Umsetzung der ThürGGO
17. Zuständigkeitsregelungen im Geschäftsbereich des TMASGFF, Organisations- und Geschäftsverteilungsplan
18. Administration Dokumentenmanagementsystem VIS
19. Angelegenheiten im Umgang mit sogenannten Reichsbürgern, sofern Beschäftigte betroffen sind

Referat 12

Recht

1. Verwaltungs- und arbeitsgerichtliche Verfahren sowie zugehörige Vorverfahren in Personalangelegenheiten des TMASGFF einschließlich der diesbezüglichen Beauftragung von Kanzleien
2. Regress- und Disziplinarangelegenheiten
3. Einleitung und Begleitung von Strafverfahren basierend auf von der jeweils fachlich-inhaltlich betroffenen Organisationseinheit aktenmäßig aufbereiteten Sachverhaltsdarstellungen
4. Grundsatzfragen der Organisation sowie der Verwaltungsmodernisierung, Organisationsentwicklung
5. Koordinierung und Begleitung von Organisationsüberprüfungen und -anpassungen im Geschäftsbereich des TMASGFF
6. Grundsatzangelegenheiten Datenschutz, insbesondere Stellungnahmen zu Rechtsverordnungen sofern nicht die Aufgaben des Datenschutzbeauftragten nach Artikel 39 DS-GVO betroffen sind (Aufgabenwahrnehmung der Organisationseinheiten in eigener Zuständigkeit bleibt hiervon unberührt) ¹
7. Grundsatzangelegenheiten des Vergaberechts (insbesondere Stellungnahmen zu Rechtssetzungsvorhaben), sofern nicht die Zuständigkeit der Fachabteilung betroffen ist sowie rechtliche Beratung zu Grundsatzfragen des Vergaberechts im TMASGFF (Aufgabenwahrnehmung der Organisationseinheiten in eigener Zuständigkeit bleibt hiervon unberührt)
8. Grundsatzangelegenheiten des Informationsfreiheits- und Transparenzrechts, insbesondere Stellungnahmen zu Rechtssetzungsvorhaben sowie rechtliche Beratung zu Grundsatzfragen des Informationsfreiheits- und Transparenzrechts im TMASGFF (Aufgabenwahrnehmung der Organisationseinheiten in eigener Zuständigkeit bleibt hiervon unberührt)
9. Konzipierung eines Risikomanagementsystems für das TMASGFF²
10. Konzipierung einer Internen Revision für das TMASGFF³
11. Konzipierung eines Qualitätsmanagementsystems für das TMASGFF⁴
12. Erstellung von Regelungen zur Korruptionsbekämpfung im TMASGFF
13. Koordinierung des hausinternen Krisenmanagements und allgemeine Stabsarbeit im TMASGFF
14. Koordinierung der LÜKEX
15. Gültigkeitsverzeichnis für Verwaltungsvorschriften für das TMASGFF⁵

¹ Aufgaben des Beauftragten für den Datenschutz:

- Mitwirkung und Koordinierung der Umsetzung der DSGVO innerhalb des Geschäftsbereichs des TMASGFF sowie Unterstützung und Beratung der Fachreferate in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten
- Koordinierung von Betroffenenanfragen nach DSGVO und ThürDSG
- Berichterstattung, Tätigkeitsberichte und Konsultationen mit dem TLfDI
- Datenschutzrechtliche Schulungen soweit nicht Referate 11 oder 12 zuständig sind
- Mitwirkung bei der Umsetzung datenschutzrechtlicher Aspekte des ThürTG

² Im Aufbau begriffen, derzeit noch keine Aufgabenwahrnehmung

³ Im Aufbau begriffen, derzeit noch keine Aufgabenwahrnehmung

⁴ Im Aufbau begriffen, derzeit noch keine Aufgabenwahrnehmung

⁵ Bis zur Besetzung der SB bzw. BSB Stelle wird diese Aufgabe vorübergehend im Referat 11 wahrgenommen.

Referat 13

Haushalt, Rechnungsprüfung

Beauftragter für den Haushalt nach § 9 ThürLHO

1. Aufstellung der Haushaltsvoranschläge und der Unterlagen für die Mittelfristige Finanzplanung
2. Ausführung des Haushaltsplans
3. Koordinierung Jahresabschluss und Rechnungslegung
4. Rechnungshofangelegenheiten gemäß Anlage 5 zur Geschäftsordnung des TMASGFF
5. Grundsatzfragen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens
6. Übertragung der Bewirtschaftung, Verteilung der Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigung, Planstellen und Stellen
7. Stellung von Anträgen auf Einwilligung in über- oder außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen auf Grundlage der Zuarbeiten der Fachreferate
8. Prüfung und Durchführung von Planänderungen im HAMASYS
9. Mitzeichnung von Maßnahmen mit finanzieller Bedeutung, Beteiligung nach § 9 Abs. 2, S. 2 ThürLHO gemäß jährlichem Rundschreiben zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
10. Mitwirkung in weiteren fachlichen Angelegenheiten mit finanzieller Bedeutung, wie z. B.: Rechtsetzungsvorhaben, Vertragsgestaltung, Förderrichtlinien
11. Haushaltsaufsicht im TMASGFF und im Geschäftsbereich
12. Haushaltscontrolling im Rahmen der HAMASYS-Dienstanweisung
13. Mitwirkung bei der Veränderung von Ansprüchen (Stundung, Niederschlagung, Erlass) und Sicherheiten (Rangrücktritt, Freigabe von Sicherheiten) sowie bei der Änderung von Verträgen zum Nachteil des Landes und beim Abschluss von Vergleichen
14. Kassenwesen
15. Angelegenheiten des Haushaltsmanagementsystems – HAMASYS

Hinweis:

Die Aufzählung ist nicht abschließend. Bei der Beteiligung des BfdH ist § 9 Abs. 2 ThürLHO i. V. m. den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften zu beachten. Näheres regeln zudem § 8 i. V. m. Anlage 5 der Geschäftsordnung des TMASGFF sowie die jährlichen Rundschreiben zur Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Aufgaben Linienorganisation

1. Grundsatzfragen des Haushalts- und Zuwendungsrechts
2. Grundsatzfragen der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung sowie des Fördermittelcontrollings
3. Haushaltsrechtliche Grundsatzfragen der Lottomittelbewirtschaftung
4. Förderverfahren und Verwendungsnachweisprüfung für die Vergabe von Zuwendungen aus Lottomitteln
5. Koordinierende Bearbeitung von Berichten zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft (bspw. Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“, Subventionsbericht, Stabilitätsbericht)
6. Koordinierung in Angelegenheiten des Kommunalen Finanzausgleichs sowie der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
7. Förderprogramm-Verwaltungssystem (FPVS)
8. Grundsatzfragen sowie Koordinierung von Angelegenheiten des Verwaltungskostenrechts

9. Koordinierende Bearbeitung von abteilungsübergreifenden Angelegenheiten der Umsatzbesteuerung des TMASGFF (Umsatzsteuervoranmeldung, Abführung der Umsatzsteuer, Umsatzsteuerjahreserklärung für das TMASGFF)
10. Kabinetts- und Landtagsangelegenheit mit Bezug zum Einzelplan 08
11. Grundsatzangelegenheiten der Zusammenarbeit mit dem TLVwA bezüglich der für das TMASGFF wahrgenommenen Fördertätigkeiten, insbesondere Mitwirkung beim Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen⁶
12. Dienstaufsicht Prüfbehörde ESF

⁶ Aufgabenwahrnehmung zunächst vorübergehend und nachrangig gegenüber den Aufgaben des Beauftragten für den Haushalt nach § 9 ThürLHO sowie den Aufgaben nach Ziffer 1 bis 10

Referat 13

Prüfbehörde ESF

1. Allgemeine Grundsatzfragen die Arbeit der Prüfbehörde betreffend
2. Vertretung in Bund-Länder-Arbeitskreisen der Strukturfonds
3. Durchführen des Prüfverfahrens für die Benennung der Verwaltungsbehörde und der Bescheinigungsbehörde gemäß Artikel 124 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 sowie dessen jährliches Überprüfen
4. Erstellen und jährliches Aktualisieren der Prüfstrategie
5. Jährliches Durchführen von Risikobeurteilungen in Vorbereitung der entsprechenden Prüfplanungen
6. Durchführen von Systemprüfungen
7. Durchführen von Vorhabenprüfungen (positive und negative Stichprobenelemente)
8. Jährliche Rechnungsprüfung gemäß Artikel 29 der Verordnung (EU) Nr. 480/2014
9. Jährliches Erstellen eines Bestätigungsvermerkes gemäß Artikel 63 Absatz 7 der Haushaltsordnung der Europäischen Union
10. Jährliches Erstellen eines Kontrollberichtes
11. Jahreskontrollgespräche mit der Europäischen Kommission
12. Begleitung der Prüfungen durch die Europäische Kommission bzw. den Europäischen Rechnungshof sowie weiterer externer Prüfeinrichtungen
13. Beratung der Verwaltungsbehörde zur Implementierung vereinfachter Kostenoptionen

Referat 14

Interne Dienstleistungen, Informationstechnik

1. Einrichtung, Gestaltung und Instandhaltung des Arbeitsplatzes mit Hard- und Software, Telefonie, Möbel sowie erforderlichen Ausstattungsgegenständen
2. Liegenschaftsverwaltung
 - Bauangelegenheiten, Bauunterhalt
 - Koordinierung der beauftragten Dienstleister
 - Raumverwaltung, Schlüsselverwaltung, Raumplanung
 - Umzugsorganisation, Anmietung von Büroflächen
3. Allgemeine Hausverwaltungsangelegenheiten (Hausordnung, Telefonverzeichnis, Siegelführung, Beflagung, Zentrale Druckerei, Ausgaben von Büromaterial und Kleingeräten)
4. Beratung und Unterstützung des TMASGFF in allen Fragen des vorbeugenden, abwehrenden und organisatorischen Brandschutzes
5. Fuhrpark- und Kraftfahrzeugangelegenheiten
6. Beschaffung von Geschäftsbedarf, Geräten, Ausrüstungsgegenständen und Gebrauchsgegenständen einschließlich Organisation der Wartung und Instandhaltung über die elektronische Vergabeplattform soweit nicht die Zuständigkeit anderer Organisationseinheiten betroffen ist
7. Bibliothek
8. Reisekostenstelle, Trennungsgeldangelegenheiten und Umzugskosten, Sachschadensrichtlinie, Bildschirmbrille
9. Post- und Scanstelle, besonderes elektronisches Behördenpostfach
10. Zentralregistratur, Einheitsaktenplan
11. Beschaffung, Implementierung und Betreuung der IT-Basissysteme (Server- und Arbeitsplatzausstattung) und der Videokonferenztechnik
12. First- und Second-Level-Support sowie Schulungen der IT-Anwender:innen
13. Betrieb, Wartung und Monitoring des Netzwerkes und aller IT-Komponenten sowie der virtuellen Desktop-Umgebung (VDI)
14. Installation, Betrieb und Wartung von Betriebssystemen, Fachanwendungen, Standardsoftware & zugehöriger Datenbanken
15. Backup und Sicherungsmanagement
16. Betreuung Druck- und Scantechnik und der zugehörigen Komponenten
17. Administration Dokumentenmanagement VIS
18. Administration sowie Redaktion Intranet des TMASGFF
19. Lizenzmanagement
20. IT-Sicherheitsbeauftragter
21. Notfallmanagement und Krisenräume
22. Koordinierung Onlinezugangsgesetz im TMASGFF
23. Leistungsredaktion des TMASGFF für den Zuständigkeitsfinder des Freistaats Thüringen

Abteilung 2

Soziales, Frauen und Familie

Abteilungsleitung: Herr Schulze, F.

Referat 21 Frauenpolitik und sozialpolitische Grundsatzfragen

Referat 22 Sozialhilfe, Soziales Entschädigungsrecht

Referat 23 Behindertenpolitik

Referat 24 EU-Angelegenheiten, Rentenversicherung

Referat 25 Familien- und Seniorenpolitik

Referat 21

Frauenpolitik und sozialpolitische Grundsatzfragen

1. Grundsatzangelegenheiten der Frauenpolitik, insbesondere Gewaltschutz
2. Beteiligung im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen
3. Umsetzung Bundesförderprogramm gemeinsam gegen Gewalt an Frauen
4. Beteiligung oder Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Landes, dem Erlass von Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, Gesetzesanträgen oder sonstigen Initiativen der Landesregierung im Bundesrat, soweit gleichstellungs- oder frauenrechtliche Belange berührt sind
5. Förderung von Frauenhäusern und -schutzwohnungen, Landesfrauenrat Thüringen sowie Interventionsstellen einschließlich der Erarbeitung der entsprechenden Rechtsgrundlagen
6. Zusammenarbeit mit den fachbezogenen Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) (insbesondere LAG Frauenzentren, LAG Frauenhäuser, LAG Interventionsstellen, LAG Kommunale Gleichstellungsbeauftragte)
7. Beteiligung bei der Vorbereitung der Sitzungen des Gleichstellungsausschusses
8. Grundsatzangelegenheiten der Sozialpolitik
9. Sozialberichterstattung, Statistik
10. Grundsatzangelegenheiten des bürgerschaftlichen Engagements, Thüringer Ehrenamtsstiftung: Engagementstiftung des Bundes
11. Grundsatzangelegenheiten incl. Finanzierung im Bereich der Selbsthilfe (außer Gesundheitswesen) und der Tafelarbeit
12. Förderung von Landesverbänden im Sozialbereich
13. Koordinierung und Mitwirkung bei Grundsatzangelegenheiten der Abteilung insgesamt, subsidiär gegenüber der fachlichen Zuständigkeit einzelner Referate der Abteilung
14. Koordinierung Grundsatzfragen Flüchtlingshilfe, soweit Belange der Abteilung berührt sind, Koordinierung Grundsatzfragen Flüchtlingsfamilien
15. Beteiligung im Rahmen der Politik für nachhaltige Entwicklung, insbesondere Soziale Säule der Nachhaltigkeit, Umsetzung und Fortschreibung Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie und Agenda 2030
16. Beteiligung im Rahmen der Politik für Demografie und demografischen Wandel
17. Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf als Grundsatzaufgabe
18. Mitwirkung Thüringer Allianz für Familie und Beruf
19. Beteiligung bei Grundsatzfragen LSBTI*Q-Lebensformen
20. Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung in Umsetzung der Abschnitte 1 und 2 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes
21. Sexualaufklärung
22. Regelungen zur vertraulichen Geburt/Babyklappen
23. Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Gleichstellung von Frau und Mann beim TMASGFF
24. Koordinierung der Angelegenheiten der ASMK und GFMK für die Abteilung
25. Ehrungen, Auszeichnungen, Verdienstorden soweit nicht in Zuständigkeit anderer Fachreferate
26. Mitarbeit in fachbezogenen Gremien (z. B. Pflegevereinbarkeit, Monitoringgruppe Gewalt gegen Frauen)
27. Fachaufsicht über das TLVvA, soweit Belange des Referates berührt sind

Referat 22

Sozialhilfe, Soziales Entschädigungsrecht

Grundsatzangelegenheiten der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)

1. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Anwendung des SGB XII und Begleitung von Rechtssetzungsvorhaben auf Bundesebene
2. Fachaufsicht nach Art. 85 Abs. 3 und 4 des Grundgesetzes im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII über die Landkreise und kreisfreien Städte (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung), Umsetzung des Fachaufsichtskonzepts
3. Rechenschaftslegung gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales über den Vollzug des Vierten Kapitels des SGB XII
4. Berichterstattung über jährliche Stichprobenprüfungen im Bereich der Bundesauftragsverwaltung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII
5. Bearbeitung von Unterrichtsersuchen im Bereich der Bundesauftragsverwaltung
6. Mitarbeit in der Bundesaufsichtskonferenz (Bundesauftragsverwaltung 4. Kapitel SGB XII)
7. Abwicklung der Finanzierung der Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / Verwaltung von Bundesmitteln
8. Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes bezüglich existenzsichernder Leistungen
9. Landesrechtliche Umsetzung des SGB XII im Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII)
10. Mitarbeit in der Konferenz der Obersten Landessozialbehörden und deren Unterarbeitsgruppen
11. Vertretung der Kostenträger in der Schiedsstelle nach § 81 SGB XII
12. Mitwirkung bei Angelegenheiten des Sozialgerichtsgesetzes
13. Mitwirkung an bundesweiten Gremien zu Themen der Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit

Grundsatzangelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts

14. Wahrnehmung der Fachaufsicht über den Vollzug der Gesetze des Sozialen Entschädigungsrechts sowie der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze
15. Begleitung von Rechtssetzungsvorhaben auf Bundesebene (insbes. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts durch Einführung des neuen SGB XIV)
16. Mitwirkung in regelmäßig tagenden Bund-Länder-Arbeitsgruppen und deren Unterarbeitsgruppen
17. Mitwirkung bei der Erarbeitung von Verwaltungsvereinbarungen der Länder
18. Lenkungsgruppe mit dem TLVwA zur fachlichen Abstimmung von Umsetzungsfragen SGB XIV
19. Versorgung für Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene nach dem Bundesversorgungsgesetz
20. Abstimmungen mit anderen Ländern und dem BMAS zum Vollzug (Rundschreiben)
21. Versorgung für Gesundheitsschäden im Rahmen der Sondergesetze des Sozialen Entschädigungsrechts (Opferentschädigungsgesetz, Zivildienstgesetz, Häftlingshilfegesetz, Infektionsschutzgesetz, Strafrechtliches und Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz), soweit die Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes für anwendbar erklärt werden
22. Regelmäßige Prüfung von Bescheidentwürfen des TLVwA in Angelegenheiten in Einzelfällen der Entschädigung für Opfer von Gewalttaten
23. Prüfung von Bescheidentwürfen des TLVwA in Angelegenheiten der Gewährung sog. „Kannversorgung“ im Rahmen der Gesetze des Sozialen Entschädigungsrechts
24. Erstattung der Aufwendungen für Leistungen der Krankenkassen an Aussiedler und ehemalige politische Häftlinge nach § 11 Bundesvertriebenengesetz
25. Angelegenheiten des Unterstützungsabschlussgesetzes und des Anti-D-Hilfegesetzes

26. Rechenschaftslegung gegenüber dem BMG in Bezug auf die Umsetzung des Anti-D-HG (Stichprobenprüfung von Akten)
27. Bundesmittelbewirtschaftung AntiDHG (Berechnung und Festlegung der Haushaltsmittel, Mittelanforderung beim Bundesministerium für Gesundheit, Bundesmittelzuweisung an TLVwA mit Belegerstellung, Erstellen von Jahresabrechnungen, Übersichten und Meldungen an das Bundesverwaltungsamt, Austausch mit der Bundeskasse, Mittelzuweisung der Bundesmittel; Kontrolle der Monatsabschlüsse)
28. Verwaltung Statistik (Anzahl der Kriegsoffer, Art und Umfang der Leistungen etc.) und deren Übermittlung an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Einbeziehungen der Fachabteilungen des TLVwA, Auswertungen und Weiterleitung von Bundesstatistiken an die zuständigen Fachabteilungen im TLVwA
29. Zusammenarbeit mit den Kriegsoffer-, Blinden- und Sehbehindertenverbänden
30. Mitarbeit in den Beiräten und Gremien des sozialen Entschädigungsrechts sowie im Landesintegrationsbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen und in der Länderarbeitsgemeinschaft für Integration und Flüchtlingsfragen (Argeflü)

Grundsatzangelegenheiten der Wiedergutmachung von SED-Unrecht

31. Rechenschaftslegung gegenüber dem BMJV in Bezug auf die Umsetzung der §§ 17, 17a StrRehaG (Stichprobenprüfung von Akten)
32. Regelmäßige Prüfung von Bescheidwürfen des TLVwA in Angelegenheiten der Anerkennung / Versorgung von Gesundheitsschäden aufgrund von SED-Unrecht und DDR-Doping
33. Bundesmittelbewirtschaftung StrRehaG, BerRehaG, VwRehaG (Berechnung und Festlegung der Haushaltsmittel, Mittelanforderung beim Bundesministerium für Gesundheit, Bundesmittelzuweisung an TLVwA mit Belegerstellung, Erstellen von Jahresabrechnungen, Übersichten und Meldungen an das Bundesverwaltungsamt, Austausch mit der Bundeskasse, Mittelzuweisung der Bundesmittel; Kontrolle der Monatsabschlüsse)
34. Verwaltung Statistik; Übermittlung an die zuständigen Bundesressorts, ggf. Überprüfung und ggf. Abstimmung mit anderen Bundesländern
35. Zusammenarbeit mit der TSK im Bereich der Rehabilitierungsgesetze
36. Zusammenarbeit mit dem Landessportbund im Bereich der DDR-Dopingopfer
37. Zusammenarbeit mit den Opferverbänden des SED-Unrechts-Regimes sowie mit dem Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
38. Mitarbeit in den Beiräten und Gremien der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Fachaufsicht über das TLVwA als überörtliche Betreuungsbehörde

39. Förderung anerkannter Betreuungsvereine
40. Regelung der Einzelheiten der Förderung anerkannter Betreuungsvereine durch Rechtsverordnung
41. Mitgliedschaft in der Landesarbeitsgemeinschaft für Betreuungsangelegenheiten Thüringen
42. Mitwirkung beim Thüringer Betreuungstag
43. Begleitung von Rechtssetzungsvorhaben auf Bundesebene (Reform des Betreuungsrechts)
44. Abstimmungen mit dem für das gerichtliche Betreuungswesen zuständigen TMMJV
45. Förderung der Modellkommunen nach § 7 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Betreuungsorganisationsgesetzes (ThürAGBtOG)

Haushaltsangelegenheiten der Abteilung 2 und des Referates

46. Koordinierung der Haushaltsplanung und mittelfristigen Finanzplanung, einschließlich TLVwA - (Mitwirkung bei der Klärung von inhaltlichen und technischen Einzelfragen, Endredaktion der Vorschläge)
47. Koordinierung des Haushaltvollzugs (u. a. Mitwirkung bei Bewirtschaftungsübertragungen, Erstellung von Prognosen zum Mittelabfluss, Meldungen zu Monatsabschlüssen, Koordinierung der Bewirtschaftung sog. Gemeinschaftstitel)
48. Mitwirkung bei Sachverhalten in Bezug auf die Belegerfassung im Hamasys, Abstimmungen mit der Landeshauptkasse und dem Kompetenzzentrum Hamasys

49. Koordinierung der Befugnisse / Rechte im Hamasys
50. Fertigung von jährlichen Meldungen zur Statistik des Finanzvermögens und zur Schuldenstatistik
51. Koordinierung des Jahresabschlusses und der Rechnungslegung (einschließlich TLVwA)
52. Koordinierung der Aufgaben im Zusammenhang mit Prüfungen durch den Thüringer Rechnungshof
53. Angelegenheiten des Kommunalen Finanzausgleichs im Hinblick auf die Ausgabenentwicklung für Aufgaben nach dem SGB XII

Sonstige Angelegenheiten

54. Fachaufsicht über den Vollzug des Thüringer Gesetzes über das Sinnesbehindertengeldgesetz
55. Vertretung des Freistaats Thüringen im Stiftungsrat der Thüringer Stiftung Hilfe für blinde und sehbehinderte Menschen
56. Förderung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)
57. Zusammenarbeit mit dem TLVwA AG 4 (Verwendungsnachweisprüfung § 96 BVFG)
58. Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Zuständigkeitsbereich des Referates

Referat 23

Behindertenpolitik

Grundsatzangelegenheiten der Teilhabeleistungen für behinderte und von Behinderung bedrohter Menschen (SGB IX, Teil 1)

1. Landesarbeitsstelle Frühförderung
2. Ausgestaltung, Umsetzung, Evaluierung und Fortschreibung der Frühförderungsvereinbarung nach § 46 Abs. 4 SGB IX
3. Begleitung der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung nach § 32 SGB IX in Thüringen
4. Mitarbeit in der trägerübergreifenden Arbeitsgemeinschaft zum Teilhabeverfahrensbericht nach § 41 SGB IX

Grundsatzangelegenheiten der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX, Teil 2) – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)

5. Grundsatzangelegenheiten zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Fragen des Budgets für Arbeit und zu den anderen Leistungsanbietern neben den Werkstätten
6. Grundsatzangelegenheiten zur Gleichstellung und Barrierefreiheit nach dem Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Verbesserung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen
7. Gesetzgebung, Rechtsangelegenheiten in Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)
8. Mitwirkung in verschiedenen Arbeitsgruppen zur Umsetzungsbegleitung des BTHG (u. a. Bund-Länder-Arbeitsgruppen)
9. Unterstützung der Träger der Eingliederungshilfe bei der Durchführung der Aufgaben nach SGB IX Teil 2 (§ 94 Abs. 2 S. 2 SGB IX)
10. Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe sowie die Förderung der Entwicklung und Durchführung von Instrumenten zur zielgerichteten Erbringung und Überprüfung von Leistungen und der Qualitätssicherung einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen (§ 94 Abs. 2 S. 3 SGB IX)
11. Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft nach § 94 Abs. 4 SGB IX
12. Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung nach § 128 SGB IX
13. Mitarbeit in der Schiedsstelle nach § 133 SGB IX
14. Erarbeitung von Kommunikationsstrategien zur Umsetzung des BTHG in Thüringen für Anspruchsberechtigte, Leistungsträger und Leistungsanbieter
15. Geschäftsstelle der Teilhabekommission nach § 34 Landesrahmenvertrag
16. Ausgestaltung, Umsetzung und Fortentwicklung des Landesrahmenvertrages nach § 131 SGB IX, Festlegung von Grundsätzen der Vergütungsgestaltung, Begleitung der Personenzentrierung der Eingliederungshilfe in Thüringen
17. Inhaltliche und organisatorische Leitung der Etablierung und Fortentwicklung der Integrierten Teilhabepflege (ITP) in Thüringen
18. Begleitung der Modellprojekte nach Art. 25 Abs. 2-5 BTHG

Grundsatzangelegenheiten des Schwerbehindertenrechts nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX, Teil 3) – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)

19. Grundsatzangelegenheiten Schwerbehindertenfeststellungsverfahren
20. Prüfung und Mitentscheidung über die Vergabe der Ausgleichsabgabemittel
21. Erfassung der schwerbehinderten Menschen im Dienste des Landes und Zahlung der Ausgleichsabgabe
22. Mitarbeit in Beiräten und Gremien der Behindertenhilfe und des Schwerbehindertenrechts auf Landes- und Bundesebene
23. Durchführung des Anerkennungsverfahrens der Werkstätten für behinderte Menschen gemäß § 225 SGB IX in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit
24. Festlegung des Vomhundertsatzes gem. § 231 SGB IX zur Erstattung der Fahrgeldausfälle

25. Pflegebudget nach § 8 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG)

Sonstige Angelegenheiten

26. Fachaufsicht über das TLVWA, soweit die Belange des Referates berührt sind
27. Entscheidung über die Förderung von Beratungsstellen, Familienentlastender Dienste sowie die Förderung der Vereine und Verbände für Menschen mit Behinderungen einschließlich der Erarbeitung entsprechender Rechtsgrundlagen
28. Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen und Verbänden von Menschen mit Behinderung
29. Förderung der LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V. nach § 7 ThürAGSGB IX
30. Förderung von kommunalen Behindertenbeauftragten und -Beiräten in den Landkreisen und kreisfreien Städte in Thüringen
31. Entscheidung über die Vergabe der Fördermittel für Barrierefreiheit innerhalb der Landesregierung zum Abbau von Kommunikationsbarrieren in der Verwaltung
32. Kontinuierliche Fortschreibung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-BRK sowie Koordinierung der Evaluation und Umsetzung
33. Mitwirkung in den Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-BRK
34. Wahrnehmung der Aufgaben des Focal Point zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen (Art. 33 UN-BRK)

Referat 24

EU-Angelegenheiten, Rentenversicherung

1. Grundsatzfragen des EU-Rechts und der Europapolitik
2. Koordinierung von EU-Angelegenheiten im TMASGFF, soweit nicht M 2 zuständig
3. Mitglied der ASMK-Länderarbeitsgruppe „Europäische Arbeits- und Sozialpolitik“
4. Mitglied der Thüringer Brexit-AG
5. Mitglied der IMAG „Vorbereitung der Operationellen Programme EFRE und ESF in der Förderperiode 2021 bis 2027“
6. EU-Angelegenheiten der Abteilung im Bundesrat und Landtag
7. Europarechtliche Angelegenheiten im Bereich der Datenschutzgrundverordnung
8. Auswertung der Gesprächsrunden der EU-Kommission und Koordinierung der Teilnahme
9. Verbindung zur Vertretung des Freistaats Thüringen bei der EU
10. Koordinierung der Angelegenheiten des Ausschusses der Regionen
11. Auswertung der Länderbeobachterkontrolle sowie der Berichte der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU
12. Beratung und Unterstützung der Fachreferate in allgemeinen Angelegenheiten des EU-Rechts einschließlich EU-Beihilfenrechts
13. Grundsatzangelegenheiten der Rentenversicherung und Alterssicherung
14. Internationales Sozialversicherungsrecht
15. Koordinierung der Bearbeitung von gesundheitspolitischen Themen der EU und Mitarbeit in der EU-AG der GMK
16. Betriebliche Alters- und Zusatzversorgung (Betriebsrenten), soweit nicht Arbeits- oder Tarifrecht berührt; kapitalgedeckte Vermögensanlagen zur Altersvorsorge, soweit nicht TFM zuständig ist
17. Befreiung von der Rentenversicherungspflicht (§§ 5 und 6 SGB VI)
18. Landwirtschaftliche Sozialversicherung
19. Begleitung von Gesetzgebungsverfahren (Referentenentwürfe, BR-Drs.) – Sozialreform in der Rente (Grundrente, etc.), Gesetzesinitiativen in der Rentenversicherung und Alterssicherung, soweit Belange des Referates betroffen sind
20. Zusammenarbeit mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege
21. Bundeselterngehalt
22. Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes

Referat 25

Familien- und Seniorenpolitik

Grundsatzfragen der Familienpolitik

1. Bearbeitung von Grundsatzfragen der Familienpolitik
2. Koordinierung von JFMK- und AGJF-Angelegenheiten, Vertretung in der AG Familienpolitik der AGJF
3. Umsetzung des Thüringer Familienförderungsgesetzes (ThürFamFöSiG)
4. Zusammenarbeit mit den Familienorganisationen und familienpolitisch relevanten Gremien
5. Geschäftsstelle des Landesfamilienrates
6. Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe, Lokale Bündnisse für Familien, Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
7. Grundsatzfragen für spezifische Zielgruppen (bspw. Alleinerziehende, Mehrkindfamilien)
8. Umsetzung des Bundes-/ Landesprogramms zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion
9. Projektmanagement, Koordinierung und Umsetzung einer landesweiten Familien-App
10. Grundsatzfragen der digitalen Bildung für Familien, Medienkompetenz
11. Begleitung des Bundesprogramms Mehrgenerationenhäuser
12. Mitwirkung bei Angelegenheiten des Ehe- und Familienrechts, einschließlich Kindesunterhalt
13. Familienbericht
14. Bundesstiftung „Mutter und Kind-Schutz des ungeborenen Lebens“
15. Stiftung „HandinHand-Hilfe für Kinder, Schwangere und Familien in Not“

Wahrnehmung der Aufgaben des Landesjugendamtes für die Aufgabenbereiche der §§ 16-18, 28 SGB VIII

16. Wahrnehmung der Funktion als beratendes Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss für den Bereich Familie
17. Planung und Umsetzung des Fortbildungsprogramms des Landesjugendamtes für den Bereich Familie, Beratungsdienste
18. Beratung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und freien Träger der Jugendhilfe
19. Erarbeitung und Fortschreibung Fachlicher Empfehlungen und Qualitätsstandards
20. Bearbeitung von Grundsatzfragen für folgende Bereiche:
 - Familienzentren
 - Thüringer Eltern-Kind-Zentren
 - Entwicklungspsychologische Beratung für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern,
 - Umsetzung § 24 ThürKJHAG (Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung)
 - Zusammenarbeit mit der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung und der LAG Erziehungs- und Familienberatung in Thüringen
 - Telefonseelsorge
 - Familienerholung
 - Familienbildung
21. Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Grundsatzfragen der überregionalen Familienförderung

22. Erarbeitung, Fortschreibung und Umsetzung der Landesfamilienförderplanung
23. Zusammenarbeit mit den überregionalen Familieneinrichtungen (Familienferienstätten), Gremien und Verbänden
24. Initiierung und fachliche Begleitung von überregionalen Projekten und Modellvorhaben

Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ)“

25. Umsetzung und Weiterentwicklung des LSZ
26. fachliche Begleitung der Landkreise und kreisfreien Städte
27. Koordinierung und fachliche Zusammenarbeit mit den Begleitstrukturen

Seniorenpolitik

28. Grundsatzfragen der Seniorenpolitik einschließlich der Initiierung und fachliche Begleitung von Modellvorhaben
29. Umsetzung, Evaluierung und Fortschreibung des Seniorenmitwirkungs- und -beteiligungsgesetzes
30. Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenrat
31. Mitwirkung in Beiräten und Gremien der Seniorenpolitik
32. Grundsatzfragen der Medienkompetenz von Senioren, Seniorenmedienbildung
33. Mitwirkung im Digitalpakt Alter
34. Beteiligung bei Fragen des seniorengerechten Wohnens
35. Umsetzung und fachliche Begleitung des Programms AGATHE "Älter werden in der Gemeinschaft - Thüringer Initiative gegen Einsamkeit"
36. Seniorenbericht

Sonstige Angelegenheiten

37. Vorbereitung und fachliche Begleitung von Investitionsvorhaben in Familieneinrichtungen
38. Koordinierung der Haushaltsplanung und mittelfristigen Finanzplanung
39. Koordinierung des Haushaltsvollzuges und der Mittelbewirtschaftung
40. Statistik, Datenerfassung und Fachcontrolling
41. Zusammenarbeit mit dem TLVwA als Bewilligungsbehörde für die Belange des Referates
42. Koordinierung der interministeriellen Zusammenarbeit für das TMASGFF
 - IMAG Mitbestimmung junger Menschen,
 - IMAG Regionalentwicklung
 - IMAG Zukunftsstarke Gemeinden durch tragfähige Strukturen
 - IMAG Demografischer Wandel
27. Mitglied im Landeskuratorium Erwachsenenbildung

Abteilung 3

Arbeit und Qualifizierung

Abteilungsleitung: Herr Prof. Dr. Behr, M.

- | | |
|------------|---|
| Referat 31 | Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, Fachkräftesicherung, Arbeits- und Tarifrecht |
| Referat 32 | Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsförderung, ESF |
| Referat 33 | Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende
Bescheinigungsbehörde ESF |
| Referat 34 | Verwaltungsbehörde ESF |

Stabsstelle "Strategische Planung, Berichtswesen"

Beteiligung des Landes Thüringen am DGB-Index Gute Arbeit

1. Vergabe der Datenerhebung (Oversampling für den Freistaat Thüringen), -auswertung und Berichterstellung einschl. Qualitätsmanagement
2. Entwicklung und Durchführung eines Disseminationsprozesses

Vorbereitung eines Sozialwirtschaftsberichts

1. Vergabe einer Studie zur Prognose des Pflegebedarfs, der Personalentwicklung und des Qualifizierungsbedarfs der Beschäftigten
2. Entwicklung und Durchführung eines Disseminationsprozesses

referatsübergreifende strategisch konzeptionelle Aufgaben

Referat 31

Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, Fachkräftesicherung, Arbeits- und Tarifrecht

Arbeitsmarkt- und Berufspolitik, Fachkräftesicherung

1. Grundsatzfragen der Arbeitsmarktpolitik und der Berufsbildungspolitik einschließlich Fachkräftesicherung und Digitalisierung (Arbeit 4.0)
2. Koordinierung von arbeitsmarkt- und berufsbildungspolitischen Fragen
3. Konzepte und Initiativen zur Aus- und Weiterbildung und zur Fachkräftesicherung
4. Konzepte für arbeitsmarktpolitische Initiativen, Entwicklung und Bewertung zielgruppenspezifischer Projekte und Maßnahmen
5. Grundsatzfragen der europäischen Beschäftigungspolitik, Mitwirkung bei der Erstellung und Durchführung des Operationellen Programms ESF
6. Zusammenarbeit mit dem BMAS und der Arbeitsverwaltung insbesondere in grundsätzlichen Fragen des SGB III und des SGB II
7. Zusammenarbeit mit BMBF und BMWI in Angelegenheiten der beruflichen Bildung
8. Arbeits- und Ausbildungsmarktbeobachtung und –berichterstattungen
9. Koordinierung der Berichterstattung zum Sozialwirtschaftsbericht
10. Zusammenarbeit in Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsfragen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern
11. Koordinierung der Bundesrats-, Landtags- und Kabinettangelegenheiten für den Bereich Arbeitsmarkt und berufliche Bildung
12. Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik; Landesbeirat für Arbeitsmarktpolitik
13. Koordinierung der Angelegenheiten des TLVwA, Aufsicht im Rahmen der Beileihung (soweit nicht Abteilung 1 zuständig ist); Haushalts- und Budgetverhandlungen mit dem TLVwA
14. Koordinierung von Haushaltsangelegenheiten der Abteilung
15. Vorbereitung und Koordinierung für die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) zu Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsthemen sowie für weitere Fachministerkonferenzen
16. Geschäftsstelle des Landesausschusses für Berufsbildung
17. Vertretung des TMASGFF im Bund-/Länderausschuss der Arbeitsmarktreferenten
18. Vertretung des Freistaats Thüringen im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung
19. Mitwirkung im Kooperationsausschuss des Freistaats Thüringen gemäß § 18 b SGB II
20. Koordinierung Internetauftritt der Abteilung

Arbeits- und Tarifrecht

21. Grundsatzfragen des Arbeits- und Tarifrechts
22. Bundesrats-, Landtags-, Kabinetts- und ASMK-Angelegenheiten zum Arbeits- und Tarifrecht
23. Bearbeitung von Angelegenheiten des Arbeits-, Tarif- und Betriebsverfassungsrechts, insbesondere Anerkennung von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen gemäß § 37 Abs. 7 Betriebsverfassungsgesetz, Durchführung von Veranstaltungen
24. Auswertung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung
25. Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, Tarifausschuss
26. Führung des Thüringer Tarifregisters, Tarifauskünfte
27. Bestimmung repräsentativer Tarifverträge nach § 10 Abs. 4 ThürVgG

Referat 32

Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsförderung, ESF

1. Grundsatz- und Umsetzungsfragen der Arbeitsmarktförderung
2. Koordinierung und Umsetzung der Arbeitsmarktförderprogramme des TMASGFF mit den beteiligten Ressorts und Institutionen auf Bundes- und Landesebene
3. Leitung des Arbeitskreises Soziales und berufliche Integration des Landesbeirats für Arbeitsmarktpolitik
4. Umsetzung und Weiterentwicklung der Landesprogramme „Arbeit für Thüringen (LAT)“ und „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit (ÖGB)“
5. Umsetzung und Weiterentwicklung der ESF-Richtlinien der FP 2014-2020 soweit das TMASGFF betroffen ist
6. Vorbereitung, Umsetzung und Entwicklung der ESF-Förderrichtlinien der neuen Förderperiode von 2021 bis 2027 soweit das TMASGFF betroffen ist
7. Wahrnehmung von Aufgaben als zwischengeschaltete Stelle im Rahmen der Umsetzung des ESF in Thüringen für die Richtlinien nach Ziffer 5 und 6
8. Förderung und Begleitung der Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von Armutspräventionsstrategien und der integrierten Sozialplanung
9. Begleitung und Weiterentwicklung der Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation und Aktivierung (ThINKA) zur Armutsbekämpfung in gefährdeten Quartieren
10. Abstimmung mit den zu beteiligenden Fachressorts bei Maßnahmen/Planungen zur Sicherung einer bedarfsgerechten Sozial- und Bildungsinfrastruktur in den Kommunen
11. Ansprechpartner Thüringer Online-Sozialstrukturatlas
12. Vertretung im interministeriellen Koordinierungsgremium – Geoinformationssysteme
13. Umsetzungsfragen der regionalisierten Landesarbeitsmarktpolitik
14. Beratung und Bewertung von
 - Konzepten und Projekten zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Konzepten und Projekten zur Bewältigung des demografischen Wandels sowie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs
 - Konzepten und Projekten zur beruflichen und sozialen Integration sowie von
 - arbeitsmarktpolitischen Netzwerken, Modellprojekten und Beschäftigungsinitiativen zur Erprobung neuer Wege der Arbeitsmarktförderung
15. Statistische und einzelfallbezogene Berichterstattung
16. Haushaltsangelegenheiten im Bereich des ESF und der Landesarbeitsmarktprogramme:
 - Planung und Steuerung
 - Mittelbewirtschaftung
17. Fachaufsicht über das TLVwA in den Angelegenheiten des Referats, Mitwirkung bei externen Prüfungen

Referat 33

Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende

1. Gesetzgebungs- und Rechtsangelegenheiten des SGB II auf Landesebene, insbesondere Landesausführungsgesetz und Rechtsverordnungen zum Landesausführungsgesetz
2. Bundesrats-, Landtags-, Kabinett- und ASMK-Angelegenheiten zum SGB II
3. Haushalts- und Finanzierungsangelegenheiten bei der Umsetzung des SGB II
4. Staatliche Aufsicht über die kommunalen Träger und die zugelassenen kommunalen Träger nach dem SGB II (oberste Rechtsaufsicht); staatliche Aufsicht im Aufgabenbereich der nach § 44 c SGB II gebildeten Trägerversammlung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales
5. Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung zur Umsetzung des SGB II
6. Eingaben, Petitionen, Bürgeranliegen im Bereich des SGB II
7. Mitwirkung im Bund-Länder-Ausschuss nach § 18 c SGB II; Beobachtung und Beratung zu zentralen Fragen der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Fragen der Aufsicht; Vertretung des TMASGFF in den regelmäßigen, themenspezifischen Bund-Länder-Arbeitsgruppen des Bund-Länder-Ausschusses SGB II
8. Vertretung des TMASGFF in weiteren Arbeitsgremien zum SGB II auf Bundesebene
9. Angelegenheiten des Kooperationsausschusses des Freistaats Thüringen gemäß § 18 b SGB II; Geschäftsstelle des Kooperationsausschusses
10. Zielvereinbarungen nach § 48 b SGB II mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den zugelassenen kommunalen Trägern
11. Statistik, Kennzahlenvergleich nach § 48 a SGB II

Referat 33

Bescheinigungsbehörde ESF

Für die ESF-Förderperiode 2014 – 2020:

1. Wahrnehmung aller in Art. 126 VO (EU) Nr. 1303/2013 aufgeführten Aufgaben der Bescheinigungsbehörde für das Operationelle Programm für den Einsatz des ESF in Thüringen von 2014 – 2020
2. Meldung von Unregelmäßigkeiten an das Amt für Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission
3. Meldung von Finanzdaten an die Europäische Kommission
4. Haushaltsangelegenheiten im Zusammenhang mit Zahlungen der Europäischen Kommission aus dem ESF an den Freistaat Thüringen sowie mit Rück- und Zinszahlungen von Zuwendungsempfängern aus der aktuellen und aus vorangegangenen ESF-Förderperioden, insbesondere
 - Planung
 - Meldungen
 - Mittelbewirtschaftung

Für die ESF-Förderperiode 2021 – 2027:

1. Wahrnehmung aller in Artikel 76 VO (EU) 2021/1060 aufgeführten Aufgaben für das ESF-Plus-Programm für den Einsatz des ESF in Thüringen in der Förderperiode 2021 - 2027
2. Meldung von Unregelmäßigkeiten an das Amt für Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission
3. Meldung von Zahlungsvorausschätzungen an die Europäische Kommission
4. Haushaltsangelegenheiten im Zusammenhang mit Zahlungen der Europäischen Kommission aus dem ESF- Plus an den Freistaat Thüringen sowie mit Rück- und Zinszahlungen von Zuwendungsempfängern aus der aktuellen und aus vorangegangenen ESF-Förderperioden, insbesondere:
 - Planung
 - Meldungen
 - Mittelbewirtschaftung

Referat 34

Verwaltungsbehörde ESF

1. Förderperiode 2014 bis 2020

Verwaltungsbehörde für das Operationelle Programm ESF 2014 bis 2020

- Umsetzung der Förderperiode, insbesondere:
 - Datenvorbereitung für die Rechnungslegung
 - Erstellung der jährlichen Zusammenfassung
 - Datenvorbereitung für den Zahlungsantrag
 - Erstellung der Verwaltungserklärung
 - Bearbeitung von Prüfberichten der verschiedenen Prüfinstanzen und Begleitung der Abhilfemaßnahmen

- Abschluss der Förderperiode, insbesondere:
 - Abschließende Arbeiten im Bereich Monitoring inklusive des abschließenden Durchführungsberichts und Datenvalidität für das gesamte OP
 - Finanzielle Umsetzung des OP
 - Erstellen des Gewährpaketes für die verbleibenden Geschäftsjahre (Vorbereitung der Rechnungslegung, Verwaltungserklärung, jährliche Zusammenfassung)

2. Förderperiode 2021 bis 2027

Erstellung und Umsetzung des Operationellen Programms ESF für die Förderperiode 2021 bis 2027, insbesondere:

- Steuerung des ESF Plus-Programms
- Aufbau, Beschreibung und Anpassung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme
- Anleitung, Koordinierung und Überprüfung der ordnungsgemäßen Durchführung der von den zwischengeschalteten Stellen wahrgenommenen Aufgaben
- Bereitstellung von EDV-Systemen (E-Cohesion)
- Umsetzung Monitoringkonzept, Sicherstellung Datenqualität
- Koordinierung des Begleitausschusses ESF/EFRE
- Fachliche Abstimmung mit den involvierten Ressorts sowie Pflege der Partnerschaft mit sonstigen relevanten Stellen
- vollständige Wahrnehmung der gesamten Aufgaben zur Umsetzung der Technischen Hilfe ESF gemäß Leitfaden „Technische Hilfe“
- Erstellung und Umsetzung des Bewertungsplanes
- Erstellung von Daten- und Finanzberichten für die KOM
- Erstellung von Berichten zur jährlichen Leistungsüberprüfung
- Weitergabe aller für die Bescheinigung notwendigen Auskünfte an die Bescheinigungsbehörde sowie Sicherstellung des Informationsaustausches mit der Prüfbehörde
- Bearbeitung von Prüfberichten der verschiedenen Prüfinstanzen und Begleitung der Abhilfemaßnahmen
- Erarbeitung und Durchführung einer Kommunikationsstrategie, Sicherstellung der Einhaltung der Informations- und Publizitätsverpflichtungen
- Gewährleistung der Meldung von Unregelmäßigkeiten
- Leitung, Vorbereitung, Nachbereitung und Koordinierung von Arbeitsgruppen/Tagungen

Abteilung 4

Pflege und Gesundheit

Abteilungsleitung: Herr Schulz

Krisenstab „Pflege und Gesundheit“

1. Steuerung und Koordinierung fachlicher Entscheidungen in Krisensituationen, besonderen Gefahren- oder Schadenslagen im Gesundheits- und/oder Pflegebereich
2. Übernahme der Steuerung des Informationsflusses und Koordinierung der abteilungsinternen und externen Zusammenarbeit
3. Allgemeine Krisenstabsarbeit (gemäß Stabsdienstordnung für die Stabsstelle), insbesondere
 - Lagedarstellung, Lagebewertung und Entscheidungsvorbereitung
 - Personaleinsatzplanung des Krisenstabs unter Einbeziehung der Organisationseinheiten der Abteilung
 - Zusammenarbeit mit anderen Krisenstäben/Stabsstellen
 - Vorbereitung des Krisenstabs (Räumlichkeiten, IT) in Abstimmung mit Abteilung 1

Abteilung 4

Beauftragte für die Belange der Pflege und Patient:innen⁷

Beauftragte⁸: **Frau Weppler-Rommelfanger**

1. Vertretung der Belange der Patientinnen und Patienten in allen relevanten politischen Bereichen des Freistaats Thüringen
2. Initiativrecht und Beteiligung bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen Vorhaben des Freistaats Thüringen, soweit sie Belange der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegebedürftigen betreffen
3. Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Akteuren aus dem Gesundheits- und Pflegebereich
4. Mitwirkung in einschlägigen Gremien auf Landes- und Bundesebenen
5. Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Beratungsangeboten
6. Empfehlungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Patientinnen und Patienten und Pflegebedürftigen unter besonderer Berücksichtigung der personalisierten Medizin
7. Beratung und Unterstützung der Thüringer Landesregierung in Fragen der Belange der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegebedürftigen
8. Beteiligung bei Fragen der Patientenrechte, der Qualität in der medizinischen Versorgung der Pflegequalität im Hinblick auf die Belange pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen

⁷ in Gründung

⁸ vorübergehende Wahrnehmung von Aufgaben aus dem Referat 4B 5

Referatsgruppe 4A

Pflege, Heilberufe, ambulante Versorgung

Referat 4A 1	Heil- und Pflegeberufe
Referat 4A 2	Ambulante Versorgung, Sicherung der ärztlichen Versorgung
Referat 4A 3	Grundsatzangelegenheiten Pflege und Pflegeversicherung, Hospiz
Referat 4A 4	Pflegerische Strukturen

Referat 4A 1

Heil- und Pflegeberufe

1. Koordinierung von referatsübergreifenden Angelegenheiten der Abteilung sowie der fachlichen Vorbereitung für die GMK, ACK und AOLG
2. Berufsrechtliche Angelegenheiten der akademischen und nichtakademischen Heil- und Pflegeberufe einschließlich der Heilpraktiker
3. Umsetzung der Berufsgesetze, bundeseinheitlicher Vorgaben (z. B. Masterplan Medizinstudium, Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe, Leitlinien Heilpraktikerüberprüfungen)
4. Rechtsaufsicht über die Heilberufekammern
5. Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und –sicherung für Heil- und Pflegeberufe, soweit nicht Abteilung 3 zuständig ist
6. Weiterentwicklung der Berufsbilder in den akademischen und nichtakademischen Heilberufen, der Pflege und der Heilpraktiker
7. Durchführung von bzw. Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren für die in Zuständigkeit des Referats liegenden Berufe auf Landes- und Bundesebene
8. Rechts- und Fachaufsicht über die zuständige Stelle nach § 26 Abs. 6 PflBG
9. Mitarbeit in der Schiedsstelle nach § 36 PflBG
10. Fachaufsicht über das TLVwA, soweit Belange des Referates berührt sind
11. Mitarbeit im Verwaltungsrat des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen
12. Mitarbeit in Gremien und Arbeitsgruppen auf Bundes- und Landesebene (z. B. AG „Berufe des Gesundheitswesens“ der AOLG)

Referat 4A 2

Ambulante Versorgung, Sicherung der ärztlichen Versorgung

1. Gesundheitsvorsorge, Vorsorgeprogramme, Vorsorgezentrum für Kinder, soweit zum Leistungsspektrum der GKV zugehörig
2. Förderung der Geburtshäuser und Angelegenheiten der Hebammenversorgung
3. Förderung der Krebsberatungsstellen
4. Grundsatzangelegenheiten der Sozialversicherungszweige der Kranken- und Unfallversicherungen
5. Rechtsaufsicht über landesunmittelbare Sozialversicherungsträger (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung), Durchführung von Aufsichtsprüfungen
6. Rechtsaufsicht über die Kassenärztliche/Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen und den Medizinischen Dienst Thüringen
7. Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung gemäß § 274, § 281 Abs. 3 SGB V der/des
 - Arbeitsgemeinschaften von Krankenkassen
 - Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen
 - Kassenzahnärztlichen Vereinigung Thüringen
 - Medizinischen Dienstes Thüringen
 - Prüfungsstelle und des Beschwerdeausschusses der Ärzte/Zahnärzte und Krankenkassen
8. Durchführung von Sonderprüfungen und bundeseinheitlichen Schwerpunktprüfungen
9. Rechtsaufsicht über
 - die Schiedsämter nach § 89 SGB V und § 89 a SGB V
 - die Landesausschüsse nach § 90 SGB V
 - die Geschäftsführung der Zulassungs- und Berufungsausschüsse nach § 97 SGB V
 - die Prüfungsstellen und Beschwerdeausschüsse nach § 106 SGB V
 - den Medizinischen Dienst Thüringen
10. Risikostrukturausgleichsprüfungen gemäß § 266 Abs. 7, § 269 Abs. 4 SGB V, § 15a RSAV
11. Begleitung von Gesetzgebungsverfahren (Referentenentwürfe, BR-Drs.) – Sozialreformen, Gesetzesinitiativen im Zuständigkeitsbereich des SGB V
12. Fragen des Vertragsarztrechts
13. ambulante vertrags(zahn-)ärztliche Versorgung, Prüfung der Bedarfspläne und Selektivverträge
14. Ausübung des Mitberatungsrechtes
 - in den Zulassungsausschüssen nach § 90 SGB V und § 96 SGB V
 - in den Landesausschüssen nach § 90 SGB V
15. Mitwirkung bei den Ausnahmen von Zulassungsbeschränkungen nach § 103 SGB V
16. Vorbereitung und Teilnahme an Aufsichtsbehördentagungen (§ 90 SGB IV)
17. Berufsbildung der Sozialversicherung, soweit nicht TMWWDG zuständig
18. Mitberatung bei der Erarbeitung/Überarbeitung der Bedarfsplanungs-Richtlinie im zuständigen Unterausschuss des Gemeinsamen Bundesausschusses
19. Bearbeitung von Themen des Gemeinsamen Bundesausschusses gemäß § 91 SGB V, soweit die ambulante ärztliche Versorgung betroffen ist
20. Förderung der medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere in Deutschland
21. Beratendes Mitglied im Reha koordinierungskreis
22. Kooperationsvereinbarungen mit der kassen(zahn-)ärztlichen Vereinigung Thüringen, insbesondere zur Durchführung der Impfkampagne

23. Umsetzung des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) hinsichtlich
- Kostenerstattung durch das Land
 - Vereinbarungen mit Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung Thüringen zum Kostenerstattungsverfahren

Referat 4A 3

Grundsatzangelegenheiten Pflege und Pflegeversicherung, Hospiz

1. Grundsatzfragen der Pflegepolitik
2. Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Landesebene im Bereich der sozialen Pflegeversicherung, soweit Belange des Referates berührt sind
3. Schnittstelle für die soziale Pflegeversicherung zu anderen Sozialgesetzbüchern
4. Schnittstelle zur privaten Pflegeversicherung
5. Pflegeversicherungsangelegenheiten im Rahmen der GMK und ASMK
6. EU-Angelegenheiten in der Pflege und Sozialversicherungsabkommen im Bereich der sozialen Pflegeversicherung
7. Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes in rechtlicher, organisatorischer und fachlicher Hinsicht
8. Rechtsaufsicht über die Pflegekassen für den Bereich des SGB XI
9. Mitwirkung bei der Rechtsaufsicht über den Medizinischen Dienst Thüringen für den Bereich des SGB XI
10. Rechtsaufsicht über die Schiedsstelle nach dem SGB XI
11. Fachaufsicht über das TLVwA, soweit Belange des Referates berührt sind
12. Geschäftsstelle des Landespflegeausschusses
13. Geschäftsstelle des Bündnisses für Pflege
14. Mitwirkung in der Pflegesatzkommission nach dem SGB XI
15. Angebote zur Unterstützung Pflegebedürftiger im Alltag
16. Förderung Regionaler Netzwerke, § 45c Abs. 9 SGB XI
17. Entwicklung und Koordinierung der Thüringer Demenzstrategie
18. Modellförderung, § 45c SGB XI
19. Mitwirkung bei der Entwicklung der Nationalen Demenzstrategie
20. Leitung der Arbeitsgruppe „Gesundheit und Pflege“ des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen, sofern nicht die Zuständigkeit der/des Beauftragten für die Belange der Pflege und Patient:innen gegeben ist
21. Hospizversorgung, inklusive Förderung nach dem SGB V und der ehrenamtlichen Hospizarbeit
22. Hospizversorgung von Kindern und Jugendlichen
23. Mitwirkung am Hospiz- und Palliativstammtisch

Referat 4A 4

Pflegerische Strukturen

1. Pflegerische Versorgungsstrukturen im Sozialraum (Pflegeatlas)
2. Bedarfsfragen in der Pflegestruktur
3. Investitionskostenförderung von Pflegeeinrichtungen
4. Pflegekonferenzen zur Umsetzung der unter den Nummern 1-13 genannten Aufgaben
5. Begleitung von Statistiken und Berichterstattungen des Bundes und der Länder zum Thema pflegerische Struktur
6. Initiierung von Projekten der Pflege- und Versorgungsforschung, Unterstützung der anderen Referate der Abteilung in Fragen der Pflege- und Versorgungsforschung
7. Qualitätsentwicklung und -sicherung von stationären Einrichtungen für ältere Menschen sowie Mitwirkung bei dieser im Hinblick auf Menschen mit Behinderung im Rahmen des ThürWTG
8. Rechtsetzung zum ThürWTG
9. Förderung von Modellprojekten und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege
10. Förderung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften der Pflege
11. Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen
12. Fachaufsicht über das TLVwA, soweit Belange des Referates berührt sind

Referatsgruppe 4B

Gesundheit

Referat 4B 1	Krankenhauswesen, Bevölkerungsschutz, E-Health
Referat 4B 2	Fachspezifische Angelegenheiten ÖGD
Referat 4B 3	Fachspezifische Angelegenheiten Pharmazie, Transplantationsmedizin
Referat 4B 4	Rechtsangelegenheiten ÖGD und Pharmazie
Referat 4B 5	Psychiatrische Versorgung, Maßregelvollzug
Referat 4B 6	Gesundheitsförderung, Suchthilfe, ÖGD-Pakt

Projekt Re-Verstaatlichung Maßregelvollzug

Ziel: Re-Verstaatlichung der Maßregelvollzugseinrichtungen an den Standorten Mühlhausen und Hildburghausen und Transfer in das Thüringer Zentrum für Forensische Psychiatrie

1. Rückübertragung des Vermögens beider MRV-Einrichtungen auf den Freistaat Thüringen
2. Eintritt in bzw. Ablösen von Kooperationsverträgen
3. Umsetzung des Personalübergangs nach § 613a BGB
4. Tarifrrechtliche und versicherungsrechtliche Fragestellungen
5. Unterstützung des Thüringer Zentrums für Forensische Psychiatrie (TZFP obere Landesbehörde)

Referat 4B 1

Krankenhauswesen, Bevölkerungsschutz, E-Health

1. Grundsatzangelegenheiten des Krankenhauswesens
2. Grundsatzangelegenheiten der sektorenübergreifenden Versorgung
3. Geschäftsstelle des Gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V
4. Krankenhausplanung
 - Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausplanes
 - Nachplanungen entsprechend § 4 Abs. 7 Thüringer Krankenhausgesetz (ThürKHG)
 - Ermittlung des Bedarfs stationärer Behandlungskapazitäten einschließlich spezieller Fachfragen
 - Analyse von Versorgungsdaten und deskriptive Statistik
 - Umsetzung des Krankenhausplans durch Erlass der Bescheide nach § 4 Abs. 6 ThürKHG
 - Geschäftsstelle des Krankenhausplanungsausschusses
 - Zusammenarbeit mit der Landeskrankenhausgesellschaft und den Krankenkassen
5. Pflegesatz- und Entgeltrecht der Krankenhäuser
 - Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben, insbesondere
 - gestuftes System der Notfallversorgung
 - besondere Aufgaben, Zentren und Schwerpunkte
 - Mitarbeit in Gremien zur Weiterentwicklung des DRG-Systems
6. Qualitätssicherung im Gesundheitswesen
 - Prüfung und Umsetzung planungsrelevanter Qualitätsindikatoren nach § 6 Abs. 1a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)
 - Umsetzung und Weiterentwicklung der Verordnung über Qualitäts- und -Strukturabforderungen nach § 4 Abs. 3 ThürKHG (ThürQSVO)
 - Umsetzung und Weiterentwicklung von Qualitätskriterien im Krankenhausplan
7. Mitarbeit in Gremien und Beiräten der Krankenhausplanung und des Pflegesatzwesens
8. Rechtsaufsicht über und Mitberatung im erweiterten Landesausschuss nach § 116b SGB V
9. Grundsatzangelegenheiten der Krankenhausförderung, einschließlich Krankenhausstrukturfonds
 - Aufstellen der Krankenhausinvestitionsprogramme nach § 11 ThürKHG
 - Erarbeitung von Richtlinien und Standards in Bezug auf die Krankenhausförderung
 - Festlegung von maßnahmenbezogenen Planungsgrundlagen und Gesamtplanungen
10. Pauschalförderung der Krankenhäuser
 - Rechtsverordnung nach § 12 Abs. 4 ThürKHG
 - Bescheide nach § 12 Abs. 5 ThürKHG
11. E-Health⁹
 - Koordinierung von grundsätzlichen und strukturellen Angelegenheiten von E-Health und Telemedizin
 - Förderung und Begleitung von Projekten zur Umsetzung der Thüringer Digitalstrategie im Gesundheitswesen
12. Gerichtsverfahren im Aufgabenbereich des Referates
13. Bearbeitung von Themen des Gemeinsamen Bundesausschusses gemäß § 91 SGB V soweit Fragen der stationären Versorgung betroffen sind, insbesondere von Fragen zur stationären Versorgung im Unterausschuss Qualitätssicherung
14. Angelegenheiten des medizinischen Rettungsdienstes

⁹ Die inhaltlich-fachliche Zuständigkeit der übrigen Referate der Abteilung für konkrete Projekte, Anwendungen und Tools aus den Bereichen E-Health und Telemedizin bleibt unberührt.

- Mitarbeit im Landesbeirat Rettungswesen
- Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, Behörden, Dienststellen, Institutionen, Organisationen und Verbänden zu Fragen des Rettungsdienstes, soweit Belange der Abteilung betroffen sind

15. Bevölkerungsschutz

- Grundsatzfragen des Bevölkerungsschutzes (Zivil- und Katastrophenschutz), soweit Belange der Abteilung betroffen sind
- Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, Behörden, Dienststellen, Institutionen, Organisationen und Verbänden zu Fragen des Bevölkerungsschutzes (Zivil- und Katastrophenschutz), soweit Belange der Abteilung betroffen sind
- Mitwirkung bei der Erstellung von Konzeptionen für Notfalllagen und zum Bevölkerungsschutz in den Krankenhäusern, insbesondere als Betreiber Kritischer Infrastrukturen
- Zivile Alarmplanung, soweit die Zuständigkeit des TMASGFF betroffen ist

16. Koordinierung des Krisenmanagements der Abteilung

- Entwicklung und Fortschreibung des Krisenmanagements innerhalb der Abteilung und des Ministeriums
- Schaffen und Vorhalten der logistischen Voraussetzungen für den Aufruf der Stabsstelle Krisenmanagement der Abteilung in Zusammenarbeit mit Abteilung 1
- Vorbereitung und Gewährleistung der Geschäftsabläufe im Aufrufsfall
- Vorbereitung und Vorlage von Lageinformationen und Entscheidungsvorschlägen

17. Fachaufsicht über das TLVwA, soweit Belange des Referates berührt sind

18. Koordinierung der Haushaltsangelegenheiten der Abteilung

Referat 4B 2

Fachspezifische Angelegenheiten ÖGD

1. Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes in fachspezifischer Sicht insbesondere im
 - Infektionsschutz,
 - Trinkwasserrecht,
 - Badegewässerrecht,
 - Schwimm- und Badebeckenwasserrecht,
 - Bestattungswesen,
 - Recht der Prostitution,
 - Beamtenrecht der amtsärztlichen Untersuchungen,
 - Schul- und Kindertagesstättenrecht,
 - Aufenthalts- und Asylrecht einschließlich des zugehörigen Sozialleistungsrechts,
 - Kostenrecht
2. Medizinische Grundsatzangelegenheiten, sofern kein anderes Referat der Abteilung zuständig ist
3. Allgemeine Fragen des öffentlichen Gesundheitsdienstes
 - Kinder- und jugendärztlicher/jugendzahnärztlicher Dienst im ÖGD
 - Amtsärztliches Gutachtenwesen und amtsärztliche Aufgaben im Bestattungswesen
 - Anzeigepflicht, Berufsaufsicht des ÖGD über gesetzlich geregelte Heilberufe nach § 7 der VO-ÖGD
 - Gebührenregelungen im öffentlichen Gesundheitsdienst
 - Gesundheitliche Beratung nach § 10 ProstSchG
 - Umsetzung ThürSchulgesPfIVO
4. Infektionsschutz
 - Maßnahmen der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen
 - Seuchen- und Pandemieplanung
 - Immunprophylaxe, öffentliche Impfpfehlungen
 - internationale Gesundheitsvorschriften, Zulassung von Gelbfieberimpfstellen
 - Hygiene in medizinischen Einrichtungen und Gemeinschaftseinrichtungen
 - Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten
 - AG Infektionsschutz der AOLG
5. Umweltbezogener Gesundheitsschutz
 - Trink-, Schwimm- und Badewasserhygiene
 - Fragen zur Umsetzung und Einhaltung der Berichtspflichten gemäß EU-Trinkwasser-Richtlinie und EU-Badegewässer-Richtlinie
 - Bau-, Wohn- und Siedlungshygiene
 - Hygiene der Gesundheits- und Gemeinschaftseinrichtungen
 - Friedhofs- und Bestattungshygiene
 - medizinische und toxikologische Beurteilung der Wirkung von physikalischen, chemischen und biologischen Schadstoffen auf die menschliche Gesundheit
 - Abschätzung von Umweltrisiken
 - Landesarbeitsgruppe umweltbezogener Gesundheitsschutz (LAUG) der AOLG
6. Fachaufsicht über das TLV sowie die Unabhängige Stelle nach § 15 Trinkwasserverordnung im TLV und TLVwA, soweit Belange des Referates berührt sind

Referat 4B 3

Fachspezifische Angelegenheiten Pharmazie, Transplantationsmedizin

1. Internationale und Grundsatzangelegenheiten des Arzneimittel- und Apothekenwesens, des Arzneimittelverkehrs, der Klinischen Prüfungen mit Arzneimitteln, des Heilmittelwerberechts sowie des Betäubungsmittelrechts (legaler Betäubungsmittelverkehr)
2. Grundsatzangelegenheiten des internationalen und nationalen Geweberechts, der Arzneimittel für neuartige Therapien, des Transplantations- sowie des Transfusionswesens inkl. diesbezüglicher Richtlinien der Bundesärztekammer
3. Umsetzung und Weiterentwicklung des behördenübergreifenden Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung in der Arzneimittelüberwachung und -untersuchung
4. Fachbezogene:r Qualitätssicherungsbeauftragte:r der obersten Landesgesundheitsbehörde
5. Mitwirkung bei Maßnahmen bei Arzneimittelzwischenfällen sowie Angelegenheiten von Sofortmaßnahmen der Arzneimittelsicherheit gemäß Qualitätssicherung in der Arzneimittelüberwachung sowie Überwachung der Verträge über die gegenseitige Anerkennung der Arzneimittelüberwachung mit Drittstaaten
6. Grundsatzangelegenheiten beim Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG)
7. Vertretung im Beirat gemäß Staatsvertrag über die ZLG
8. Fachliche Unterstützung bei Pharmazeutischen Fragen im Rettungswesen, Zivil- und Katastrophenschutz (Sicherstellung der Arzneimittelversorgung)
9. Fachliche Unterstützung bei Pharmazeutischen Fragen der Substitution im Rahmen der Suchthilfe
10. Fachaufsicht über das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz (Arzneimittelüberwachungsbehörde, Humanarzneimittel)
11. Aufsicht über das Gemeinsame Giftinformationszentrum der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (GGIZ)
12. Vertretung im Verwaltungsrat gemäß Verwaltungsabkommen über das GGIZ
13. Vertretung in der Arbeitsgruppe Arzneimittel-, Apotheken-, Transfusions- und Betäubungsmittelwesen (AATB) der AOLG
14. Koordinierung des Thüringer Bündnisses Organspende
15. Staatliche Anerkennung von Heilquellen
16. Grundsatzfragen zu Ethik und Recht im Gesundheitswesen, u. a.:
 - Gendiagnostikgesetz
 - Präimplantationsgesetz
 - Embryonenschutzgesetz

Referat 4B 4

Rechtsangelegenheiten ÖGD und Pharmazie

1. Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes in rechtlicher Sicht
2. Rechtsangelegenheiten der Abteilung, soweit kein anderes Referat zuständig ist
3. Mitwirkung in Fragen des Datenschutzes im Bereich des Gesundheitswesens
4. Rechtsangelegenheiten der Pharmazie
5. Juristische Mitwirkung bei der Aufsicht über das Gemeinsame Giftinformationszentrum der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie bei der Vertretung des Freistaats im Verwaltungsbeirat
6. Rechtsfragen, Anfragen und Stellungnahmen zum ÖGD-Recht
7. Erstellung und Umsetzung notwendiger Regelungen zur Corona-Pandemie
8. Gerichtsverfahren, insbesondere Normenkontrollverfahren und Schadensersatzforderungen
9. Rechtsangelegenheiten Entschädigung Corona
10. Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nach § 20a IfSG
11. Erarbeitung eines Gesetzes für den ÖGD
12. Mitarbeit in Gremien und Arbeitsgruppen, insbesondere der AOLG
13. Fachaufsicht über das TLVWA, soweit Belange des Referates berührt sind

Referat 4B 5

Psychiatrische Versorgung, Maßregelvollzug

1. Grundsatzangelegenheiten und Koordinierung der ambulanten, komplementären, rehabilitativen und stationären Versorgung psychisch kranker und seelisch behinderter Menschen
2. Psychiatrieplanung
3. Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung bei psychischen Erkrankungen (ThürPsychKG)¹⁰
4. Fortführung der Aufgabe der Zwangsreduzierung und Zwangsvermeidung in der psychiatrischen Versorgung im Rahmen der Arbeitsgruppe "Gesundheit und Pflege" des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen¹¹
5. Angelegenheiten der Patientenfürsprecher nach § 25 des ThürPsychKG
6. Geschäftsführung der Besuchskommission nach § 24 ThürPsychKG i. V. m. § 43 und § 49 ThürM-RVG
7. Geschäftsführung und Vorsitz des Landesfachbeirates für Psychiatrie
8. Grundsatzangelegenheiten des Maßregelvollzugs außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Projektes Re-Verstaatlichung Maßregelvollzug, Oberste Aufsichtsbehörde nach § 46 Abs. 1 Satz 2 ThürM-RVG
9. Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht über das Thüringer Zentrum für Forensische Psychiatrie (TZFP)
10. Geschäftsführung und Vorsitz der Beratungskommission gemäß § 17 der Beleihungsverträge für den Maßregelvollzug
11. Planung, Qualitätssicherung und Förderung von Projekten und Einrichtungen der psychiatrischen Versorgung
12. Förderung von Bundes- und Landesmodellprojekten zur Verbesserung der gemeindepsychiatrischen Versorgung
13. Beteiligung am Anerkennungsverfahren der Werkstätten für psychisch kranke Menschen gemäß
14. § 225 SGB IX
15. Fachaufsicht über den Bereich Gesundheitswesen und Maßregelvollzug im TLVwA, soweit Belange des Referates berührt sind
16. Mitarbeit in Gremien und Beiräten der Psychiatrischen Versorgung und des Maßregelvollzuges
17. Angelegenheiten der psychosozialen Versorgung von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung
18. Mitwirkung bei der Umsetzung der Stiftung „Hilfen für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben“
19. Mitarbeit in der Teilhabekommission nach § 34 des Landesrahmenvertrages nach § 131 Abs. 1 SGB IX
20. Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft nach § 94 Abs. 4 SGB IX
21. Mitarbeit im Beirat Gewaltschutz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen

¹⁰ Vorübergehende Aufgabenwahrnehmung durch Frau Weppler-Rommelfanger (Beauftragte für die Belange der Pflege und Patient:innen)

¹¹ Ebenso.

Referat 4B 6

Gesundheitsförderung, Suchthilfe, ÖGD-Pakt

1. Grundsatzfragen der Gesundheitsförderung und Prävention
2. Gesundheitsziele, Landesgesundheitskonferenz
3. Gesundheitsberichterstattung, Thüringer Gesundheitsportal
4. Klinische und epidemiologische Krebsregistrierung
5. Berichterstattung zu Gesundheitsförderung und Prävention, zur Kinder und Jugendgesundheit
6. Gesundheitsbezogene Fragen zur Gewaltprävention und Kinderschutz
7. Gesundheitliche Fragen des Kur- und Bäderwesens
8. Grundsatzangelegenheiten der Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention
9. Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention
 - Erarbeitung/Fortschreibung der Thüringer Programme
 - Planung und Förderung von Projekten, Maßnahmen und Einrichtungen
 - Förderung von Maßnahmen der Leistungsdokumentation, Evaluation und Qualitätssicherung
 - Angelegenheiten der Selbsthilfe suchtkranker Menschen
10. Mitarbeit bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich § 79 SGB XII und § 4 ThürAGSGB XII
11. Berichterstattung Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention
12. Umsetzung des ÖGD-Paktes
 - Personalaufbau und Attraktivitätssteigerung
 - Digitalisierung
 - finanzielle und strukturelle Paktumsetzung
 - berufliche Qualifizierung, Forschung und Wissenschaft
13. Mitarbeit in Gremien und Beiräten der Krankheitsprävention, Gesundheitsförderung, Gesundheitsberichterstattung, der Kinder- und Jugendgesundheit und der Suchthilfe
14. AG Gesundheitsberichterstattung, Prävention, Rehabilitation und Sozialmedizin (GPRS), AG Grundsatzfragen des ÖGD und AG Suchthilfe der AOLG
 2. Fachaufsicht über das TLVWA, soweit Belange des Referates berührt sind

Abteilung 5

Arbeitsschutz, Lebensmittel- und Veterinärüberwachung

Abteilungsleitung: Herr Dr. Elschner

Referat 51 Tierseuchenschutz, Tiergesundheit, Tierkörperbeseitigung

Referat 52 Tierschutz, Tierarzneimittel, Berufsangelegenheiten

Referat 53 Lebensmittelüberwachung

Referat 54 Arbeitsschutz

Referat 51

Tierseuchenschutz, Tiergesundheit, Tierkörperbeseitigung

1. Grundsatzangelegenheiten
 - des öffentlichen Veterinärwesens
 - des Tierseuchenschutzes und des Tierseuchenrechtes
 - der Überwachung des Verkehrs mit Tieren und tierischen Produkten
 - der Tiergesundheit und Tierkörperbeseitigung
2. Koordinierung von Maßnahmen und Erarbeitungen von Strategien der Bekämpfung von Tierseuchen
3. Fachliche Koordination und Einberufung des Landestierseuchenkrisenstabes
4. Angelegenheiten der Tierseuchen-Überwachung seuchengefährdeter Betriebe und Anlagen
5. Koordinierung der Bekämpfung akuter Tierseuchen im Falle von § 1 Abs. 5 Thüringer Tiergesundheitsgesetz
6. Tierseuchendiagnostik
7. Leitung, Koordinierung und Kontrolle des Tierseuchennachrichtenwesens
8. Angelegenheiten der Verhütung und Bekämpfung von anzeigepflichtigen Tierseuchen, meldepflichtigen Tierkrankheiten und Zoonosen in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen
9. Grundsatzangelegenheiten betreffs Entschädigungsleistungen und Beihilfen im Bereich Tierseuchenbekämpfung und -verhütung
10. Fachaufsicht über das TLV einschließlich der Abstimmung von Untersuchungsprogrammen sowie Koordinierung des Berichtswesens, soweit die Aufgabenbereiche des Referates berührt sind
11. Grundsatzangelegenheiten des Qualitätsmanagements im Bereich Tierseuchen, Tiergesundheit und tierische Nebenprodukte
12. Berichterstattung zu Tierseuchen und Koordinierung der EU-Finanzhilfen im Bereich Tierseuchen
13. Fachaufsicht über die Tierseuchenkasse und die Tätigkeit der Tiergesundheitsdienste sowie die nach der Viehverkehrsordnung vom TMASGFF beauftragte Stelle (Beliehener)
14. Angelegenheiten zur Durchführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern, Schweinen, Schafen/Ziegen und Equiden
15. Koordinierung und Durchführung von Vergabeverfahren in den Bereichen Tierseuchenbekämpfung, Tierkennzeichnung und tierische Nebenprodukte
16. Grundsatzangelegenheiten zum Betrieb der HI-Tier-Datenbank
17. Koordinierung der Aufgaben der Abteilung 5 im Rahmen von Cross Compliance
18. Mitarbeit in Gremien und Beiräten des Tierseuchenschutzes, der Tiergesundheit und Tierkörperbeseitigung und des Jagdwesens
19. Leitung der Landesarbeitsgruppen zur Bekämpfung bestimmter Tierseuchen
20. Vorsitz im Prüfungsausschuss für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes
21. Mitwirkung bei Angelegenheiten der Information und Kommunikation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung (Koordinierung von IT-Verfahren)
22. Entwicklung und Abschluss von Vorsorgeverträgen/Rahmenvereinbarungen zur Unterstützung von Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen
23. Rechtsangelegenheiten der Abteilung einschließlich Führen von verwaltungsgerichtlichen Verfahren
24. Rechtsaufsicht über
 - Landestierärztekammer sowie Mitwirkung bei der von dem für die Versicherungsaufsicht zuständigen Ministerium wahrzunehmenden Aufsicht über das Versorgungswerk der Tierärzte, soweit Belange des TMASGFF berührt werden
 - Tierseuchenkasse
25. Gebührenregelungen auf den Gebieten Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung
26. Koordinierung der allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten der Abteilung

Referat 52

Tierschutz, Tierarzneimittel, Berufsangelegenheiten

1. Grundsatzangelegenheiten des Tierschutzrechts
2. Erarbeitung von Überwachungsstrategien und Festlegung von Überwachungsschwerpunkten im Bereich des Tierschutz- und des Arzneimittelrechts
3. Erstellung, Weiterentwicklung und Umsetzung der Thüringer Tierwohlstrategie
4. Organisation des Berichtswesens zum Vollzug des Tierschutzrechts
5. Geschäftsführung des Tierschutzbeirates
6. Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen
7. Fördermaßnahmen des Tierheimbaus
8. Grundsatzangelegenheiten des Tierarzneimittelrechts einschließlich Fütterungsarzneimittel
9. Angelegenheiten im Verkehr mit Betäubungsmitteln
10. Einführung von Qualitätsmanagementverfahren zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Tierschutzrechts und des Verkehrs mit Tierarzneimitteln
11. Grundsatzangelegenheiten zum Betrieb der Antibiotikadatenbank
12. Angelegenheiten des Heilberufegesetzes im Bereich des Veterinärwesens
13. Grundsatzangelegenheiten der Bundestierärzteordnung und der Approbationsordnung für Tierärzte
14. Durchführung der Prüfung für den tierärztlichen Staatsdienst und Bestellung der staatlichen Prüfungsausschüsse
15. Grundsatzangelegenheiten des Berufsrechts auf den Gebieten des Veterinärwesens
16. Fachaufsicht über das TLV, soweit Belange des Referates berührt sind
17. Mitarbeit in Gremien und Beiräten im Bereich des Tierschutz-, Tierarzneimittel- und Berufsrechts

Referat 53

Lebensmittelüberwachung

1. Grundsatzangelegenheiten
 - des Lebensmittelrechts
 - des Fleisch- und Geflügelfleischhygienerechts
 - des Weinrechts
 - der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen
 - der Überwachung von Zoonosen, soweit die Übertragung durch Lebensmittel erfolgt, ggf. in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen
2. Verfahrensregelungen für den Vollzug der amtlichen Lebensmittelüberwachung
3. Festlegung von Überwachungs- und Untersuchungsschwerpunkten
4. Verfahrensregelungen für den Vollzug der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung einschließlich Geflügel und Wild
5. Probenplan zum nationalen Rückstandskontrollplan für lebende und geschlachtete Tiere und tierische Erzeugnisse
6. Koordinierung der Durchführung von zentralen Untersuchungsprogrammen (Lebensmittel-Monitoring, bundesweite Überwachungsprogramme, Zoonosen-Monitoring, Untersuchungsprogramme der EU)
7. Fachaufsicht über das TLV, soweit Belange des Referates berührt sind
8. Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung von Lebensmittelkontrolleuren und amtlichen Fachassistenten sowie der Ausbildung von Lebensmittelchemikern
9. Vorsitz im Prüfungsausschuss für den dritten Abschnitt der Staatsprüfung für staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerinnen und staatlich geprüfte Lebensmittelchemiker
10. Grundsätze der Kontroll- und Untersuchungsstatistik und Organisation des Berichtswesens auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Fleischhygienerechts
11. Maßnahmen zur Information über Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände
12. Koordinierung des Jahresberichtes nach Artikel 44 der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 für Thüringen
13. Koordinierung der Angelegenheiten der elektronischen Fachinformationssysteme die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung betreffend
14. Koordinierung der Maßnahmen zur Einführung und Aufrechterhaltung eines Qualitätsmanagementsystems in der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
15. Mitarbeit in Gremien und Beiräten der Lebensmittelüberwachung und Fleischhygiene, der elektronischen Fachinformationssysteme sowie des Qualitätsmanagements

Referat 54

Arbeitsschutz

1. Grundsatzangelegenheiten des Arbeitsschutzes, der Marktüberwachung und des Mess- und Eichrechts, Beschusswesen
2. Fachaufsicht über das TLV, soweit Belange des Referates berührt sind
3. Arbeitsschutzgesetz und darauf basierende Verordnungen:
 - Lärm- und Vibrationsarbeitsschutzverordnung
 - Arbeitsstätten, Ergonomie und Arbeitsplatzgestaltung einschließlich persönliche Schutzausrüstungen, Lastenhandhabung
 - Baustellenverordnung
 - Arbeitsschutzverordnung zu künstlicher optischer Strahlung
 - Betriebssicherheitsverordnung
 - Druckluftverordnung
 - Arbeitsschutzverordnung zu elektromagnetischen Feldern
 - Gefahrstoffverordnung
 - Biostoffverordnung
 - Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge
4. Eichrecht, Mess- und Eichwesen und Beschussrecht einschließlich Marktüberwachung
5. Produktsicherheitsgesetz und darauf basierende Verordnungen (1.-14 ProdSV) einschließlich Marktüberwachung
6. Medizinproduktegesetz und darauf basierende Verordnungen
7. Aufsicht nach Strahlenschutzgesetz, Strahlenschutzverordnung
8. Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen (gewerbliches Betreiben im nichtmedizinischen Bereich), NiSV und UVSV
9. Sprengstoffgesetz und darauf basierende Verordnungen einschließlich Marktüberwachung
10. Gentechnikrecht, soweit Belange des Arbeitsschutzes betroffen sind
11. Chemikalienrecht, soweit Belange des Arbeitsschutzes betroffen sind
12. Biozidrecht (bezogen auf den Umgang mit giftigen Bioziden)
13. Bundesimmissionsschutzgesetz und darauf basierende Verordnungen, soweit der Gefahrstoffschutz von Arbeitnehmern (Beschäftigten) betroffen ist
14. Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter (Gefahrgutumschlag auf Betriebsgelände) und darauf basierende Verordnungen
15. Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)
16. Grundsatzangelegenheiten Berufskrankheiten (Sozialgesetzbuch VII, BK-Verordnung)
17. Angelegenheiten des
 - Arbeitszeitgesetzes und darauf basierende Verordnungen
 - Fahrpersonalrechts
 - Ladenöffnungsgesetzes, einschließlich Fachaufsicht über das TLVwA
 - Mutterschutzgesetzes
 - Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (§ 18)
 - Pflegezeitgesetzes (§ 5), Familienpflegezeitgesetzes (§ 9)
 - Jugendarbeitsschutzgesetzes und darauf basierende Verordnungen
 - Heimarbeitsgesetzes
18. Zusammenarbeit mit den Unfallversicherungsträgern und Mitwirkung bei der Rechts-/Fachaufsicht über die Unfallversicherungsträger (UKT)
19. Zusammenarbeit mit Technischen Überwachungsorganisationen/zugelassene Überwachungsstellen
20. Angelegenheiten der arbeitsmedizinischen Betreuung, soweit Belange des Arbeitsschutzes berührt sind
21. Aus- und Fortbildung von Aufsichtsbeamten, Vorsitz im Prüfungsausschuss für die Laufbahnen des technischen Dienstes in der Arbeitsschutzaufsicht
22. Geschäftsführung des Thüringer Beirats für Arbeitsschutz
23. Epidemiologie, Berichtswesen, Berichte an den Bund

24. Jahresbericht der Arbeitsschutzbehörden und Jahresbericht zum technischen Verbraucherschutz
25. Mitarbeit in thüringenweiten und länderübergreifenden Ausschüssen und Arbeitsgruppen
26. Lehrgangsträgeranerkennung
27. Vorbereitung und Durchführung des Thüringer Arbeitsschutztages und Vergabe des Thüringer Arbeitsschutzpreises
28. Präventionsgesetz mit Bezug zum Setting Arbeitswelt
29. Koordinierung der Arbeitsmedizinischen Betreuung der Bediensteten des TMASGFF und TLV